

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 100.

Dienstag, den 30. April 1907.

14. Jahrg.

Hierzu zwei Beilagen.

Der erste Mai.

Last uns, Ihr Frauen und Männer der Arbeit, die graue Sorge des Alltags für diesen Tag bannen und den ersten Mai feiern; nicht weil eine lange Gewöhnung uns diese Feier als selbstverständlich erscheinen läßt, sondern so recht aus vollem Herzen heraus, so wie Laßalle uns mahnte, Feste zu feiern: erfüllt von einer lebendigen Idee, geeint in einem festen, klaren Willen.

Wohl bei keinem Maiestage ist die innere Notwendigkeit dieser großen internationalen Demonstration des Proletariats so einleuchtend gewesen wie in diesem Jahre. Noch sind die schweren Kämpfe der 25. Januar und 5. Februar in unser aller Gedächtnis. Noch ist in unser aller Gedächtnis die schmutzige Kampfweise unserer Gegner, die mit Lügen und Verleumdungen gegen uns vorgingen. Noch ist die günstige Konjunktur zwar vorhanden — aber wenige Monate, und dieselbe ist verschwunden. Dann kommt die Zeit der Krise. Schon steigt am politischen Horizont eine Wetterwolke auf. Und deshalb erheben wir lauter denn je unsere Maiforderungen:

Achtstundentag — das bedeutet Ordnung an Stelle der Anarchie in der Volkswirtschaft; — Arbeiterschutz — das bedeutet Sicherung der Existenz für die Massen, die jetzt ein Spielball sind des grausamen Verhängnisses; — Weltfriede — das bedeutet Sicherung des Rechts der Nationalität, das Ende der grauenhaften Massenmorde. Es sind fürwahr die idealsten Wünsche und die edelsten Instinkte der Menschheit, die wir in den zündenden Schlagworten unserer Maifeier zusammenfassen und ausdrücken.

In diesem Winter, dessen Kraft der Frühling nun brach, ist zwar die Arbeitslosigkeit nicht in dem Maße in die Erscheinung getreten wie früher. Aber schon droht die Krise; schon machen sich die Anzeichen einer nicht unerheblichen Arbeitslosigkeit bemerkbar. Mit Skorpionen wird dann leider das Proletariat gepeitscht; das furchtbare und erbitternde Elend, das der Wahnwitz der kapitalistischen Wirtschaft über die Massen des arbeitgewöhnten und fleißigen Volkes verhängen wird, predigt mit tausend Zungen, daß diesem Zustand ein Ende gesetzt werden muß, wenn anders nicht breite Schichten unserer Volksgenossen, die auch in Zeit besten Geschäftsganges kaum des Leibes Notdurft mit harter Plage erwerben können, in die Unkultur und die Barbarei des Lumpenproletariats hinabsinken sollen. Die Sunker und die ihnen versippten und verbündeten Schlotbarone rüsten ihre Horden zu einem neuen furchtbaren Schlage gegen das Volkswohl; frecher als zuvor hebt die Reaktion ihr Haupt und streckt die gierigen Hände nach den schwerer kämpften Rechten des Volkes aus; im finsternen Aberglauben höfischer und feudaler Kreise lebt — im zwanzigsten Jahrhundert! — ein Stück Mittelalter mit ekiem Mäurergeruch wieder auf; der letzte Fittler ideologischer Auspuges wird von der Wissenschaft abgestreift, die zur Hure des kapitalistischen Klassenstaates degradiert wird; Justiz und Verwaltung rollen der Entwicklung der Sozialdemokratie Steine in den Weg: niemand ist da, um jetzt den Kampf um die Kultur zu bestehen, als wir, das Proletariat. Stark durch Einigkeit, stark, weil wir allein stehen, kämpfen wir gegen eine ganze Welt um eine bessere Zukunft. In der schweren Not der Zeit wird sich das Proletariat seiner weltgeschichtlichen Mission bewußt. Wachsend mit seinen größeren Zwecken wird es zum Träger des ökonomischen, politischen und sozialen Fortschritts und sichert die Wiedergeburt unseres Volkes.

Organisation ist alles! Organisation ist die Zauberformel, mit der wir das Joch der kapitalistischen Ausbeutung, die Ketten politischer Unterdrückung sprengen. Das Ammenmärchen vom beschränkten Untertanenverständnis findet keine Gläubigen mehr, wenn die niedergehaltenen Scharen zum Bewußtsein ihrer Macht kommen; und den „Segen“ der kapitalistischen Wirtschaftsordnung vermögen weder phrasenreiche Professoren noch plärende Priester

den Opfern der Arbeitslosigkeit einzureden, die dem Untergange mitteillos preisgegeben wären, wenn nicht die Organisationen ihnen, eine starke Stütze, die hilfreiche Hand reichen. Wirtschaftliche Macht und politischen Einfluß gewährt dem als Individuum hilflosen Proletariat nur, aber auch sicher, der Zusammenschluß mit seinen Klassengenossen: er muß sich zum Träger des Kulturwillens machen, um für seinen eigenen Willen Raum zu schaffen; er muß einen Teil seines Lebens daransetzen, um sein Leben lebenswert zu machen; über den kleinen Augenblicksvorteil muß er das Interesse seiner Klasse, der Nation, der ganzen Menschheit setzen, dadurch allein schon erhoben über die Masse seiner Gegner, deren Gedanken in die Höhe der Doidenden oder die Ausfuchten der Karriere im engen Zirkel beständig kreifen. Organisation ist alles!

Auch in der Gemeinschaft der Menschen gilt, wie im Reiche der Physik, das Gesetz von der Anziehung der Massen. Noch jede Maifeier, die imposanteste Demonstration, zu der sich die Massen aller Völker zusammengetan haben, bedeutete ein Wachsen unserer Macht, bedeutete die Gewinnung neuer Kampfgenossen: mit unüberstehlicher Gewalt werden die Blicke der ganzen Welt an diesem Tage auf unsere Ideen und unsere Taten hingelenkt. Die Indifferenten, die Feindseligen: sie schauen, sie stutzen, sie denken nach, sie sind unser! Unser trotz alledem und alledem! Trotz Polizeischikane und Bureaurenwillkür, trotz giftiger Schmähung und brutaler kapitalistischer Hungerstrafe! Und freudig begrüßen wir die Neuen, willkommenen Freunde, die uns noch eben in leidenschaftlichem Streite gegenüberstanden.

So last uns denn, Ihr Frauen und Männer der Arbeit, die graue Sorge des Alltags für diesen Tag bannen und Maiestag halten, so recht aus vollem, überquellenden Herzen heraus. Nicht schon zum trohen Siegesfest finden wir uns zusammen, auch nicht zum heimlichen Stellbicheln finsterner Verschwörung: nein, Heerschau wollen wir wieder halten über uns selbst und unsere Scharen, wie unsere Urväter ihren Thing abhielten, wenn sie, Haus und Herd vor Ungemach zu schützen, in den Kampf zogen. Den Blick fest auf das Panier unserer Ideale gerichtet, ziehen wir in die Schlacht, des Sieges sicher. Und unser Schlachtruf sei:

Allewege vorwärts! Hoch lebe die internationale, völkerbefreiende und völkerverbrüdernde Sozialdemokratie!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Reichstag überwies am Montag zunächst die Beamtengeetze einer 27gliedrigen Kommission und fuhr alsdann in der Generaldebatte über den Postetat fort. Genosse Singer führte die der Postverwaltung von bürgerlicher Seite erteilten überschwenglichen Lobeserhebungen auf ihr richtiges Maß zurück. Bei manchen Fortschritten in Einzeldingen ist doch, auch die Postverwaltung von unsozialem und reaktionärem Geiste befeelt. Sie nützt männliche und weibliche Arbeitskräfte rücksichtslos aus, treibt Wahlbeeinflussungen im Bismarck-Sinne, und hat in Sachen des fliegenden Postamts in Apollo-Theater in Mannheim sich ein prachtvolles Stückchen Schöppenscheiterei geleistet, das sogar der freisinnige Volksparteiler Kopsch verspotten konnte. — In schwächlicher gezwungener Weise suchte der Staatssekretär Kraetke sich gegen Singers scharfe Angriffe zu verteidigen. Seine verlegenen Ausreden bewiesen nur, wie trefflich die Liebe unseres Genossen gewesen. Auch das Auftreten des Zentrumsmannes Hamesher — der seine an sich guten Ausführungen durch die übermäßige Länge seiner Sonnabendrede beeinträchtigt hatte — hat den Jörn von Stephens sel. Erben erregt. Er schalt im Pöbblskitone auf den bösen Assistentenverband. — Der Antisemitisch Latmann langweilte 1½ Stunden lang das leere Haus. Seine endliche Ankündigung, die Rede schließen zu wollen, entfesselte stürmischen Beifall, an dem sich sogar des Redners konservative Freunde beteiligten. Daß der Pole v. Chlapevski mit seiner Kennzeichnung der preussischen Polenpolitik recht hatte, bestätigte der sanftere und satirischere Aufsichtsratspräsident Kämpf durch „nen nachträglichen Ordnungsruf“. Es sprach noch Kopsch, nochmals Kraetke usw., worauf das Haus

die wieder einmal ganz ungebillig ausgebeutete Sitzung schloß. Am Dienstag steht der Reichskanzleretat nebst dem des Auswärtigen Amtes auf der Tagesordnung.

Vor der sozialdemokratischen Jugendorganisation haben die Parteien, welche bisher das Monopol der Jugendzucht in Händen hatten, einigermassen Wind. Im christlich-sozialen „Reich“ hat der evangelische Pfarrer Paul Le Seur seine Erfahrungen über den Berliner Verein der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter niedergelegt und diese Erfahrungen finden auch in der katholischen Presse aufmerksame Beachtung.

Der Eindruck, den Le Seur von den jungen Leuten aus deren Auftreten gewann, war im allgemeinen nicht ungünstig. Freilich sei auch deutlich zu sehen, daß bei manchen der jungen Leute der ihnen eingepfropfte Religionshaß bis zum wilden Fanatismus ausgeartet ist. Von größter Bedeutung aber ist es, was Pfarrer Le Seur über das große Interesse erzählt, das die jungen Leute bezüglich Fragen der Religion und Weltanschauung vertieft. Sie traten unaufgefordert an ihn heran und wünschten eine Diskussion mit ihm in diesen Fragen, besuchten dann längere Zeit die Diskussionsabendbesuche von Le Seur geleiteten evangelischen Junglingsvereins und vertraten dort mit Eifer, Ernst und Geschick ihre Ideen.

Dieser Eindruck läßt in dem Herrn Pfarrer die Hoffnung aufkeimen, daß an den jungen Leuten „noch nicht alles verloren“ sei. Er empfiehlt durch geschulte Anhänger der Kirche den Wortkampf mit ihnen aufzunehmen. Die Verwirklichung dieser Forderung würde bei unseren Genossen mit Freude aufgenommen werden, da der Ausgang solcher Geisteskämpfe allemal gezeigt hat, wie am Ende die Wahrheit siegt.

Gehaft bis übers Grab hinaus. Eine sonderbare Ehrung lassen die Christen Stöckercher Oberversanz, sowie der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie unserm toten Führer Ignaz Auer zuteil werden. Noch übers Grab hinaus lassen sie unseren gefallenen Vorkämpfer, und sie geben ihrem zügellosen Haß, der nicht einmal vor der Majestät des Todes Halt macht, auch allerchristlichsten Ausdruck. Herr Giesberts, der Arbeitervertreter in der Zentrumsfraktion des Reichstags, hat nämlich, wie berichtet, mit noch einigen anderen bürgerlichen Reichstagsabgeordneten den Trauerfeierlichkeiten beigewohnt. Deshalb wird Herr Giesberts im Stöckerchen „Reich“, diesem auf patentiertes Christentum Anspruch machenden Blatt, sehr unchristlich abgekanzelt. Zu der widerwärtigen Stöckergarde gesellt sich der Reichsligenerverband, der in seiner Korrespondenz den Essener Abgeordneten wie folgt ansetzt.

Daß aber auch der Vorsitzende der christlichen Gewerkschaften, Ugo Giesberts, an dem Leichenbegängnis teilnahm, ist eine politische Ungeheuerlichkeit ohne gleichen. Was Herr Giesberts als Mensch zu tun für nötig hält, untersteht nicht der politischen Kritik. Als Vertreter der christlich nationalen Arbeiterbewegung aber hat Herr Giesberts jeden seiner öffentlichen Schritte abzuwägen, wie sie auf die von ihm verfolgte Sache wirken. Das hat der Vorsitzende der christlichen Gewerkschaften offenbar ganz vergessen, ob aus angeborener Naivität oder aus Unfähigkeit, den Eindruck seines Auftretens auf die große Öffentlichkeit vorher richtig abzuschätzen, bleibe unerörtert. Jedenfalls hat Herr Giesberts die christlich-nationale Arbeiterbewegung, die entstanden ist aus dem Gegensatz zur Sozialdemokratie und weitere Fortschritte machen kann nur im schärfsten Kampfe gegen diese Partei, deren Führer Auer war, heillos bloßgestellt. Giesberts hat durch die Teilnahme an jener sozialdemokratischen Demonstration den Befähigungsnachweis dafür, daß er am richtigen Platze ist, nicht geliefert. Die christlichen Gewerkschaften werden daher, wollen sie im nationalen Lager nicht alle Sympathien sich verschmerzen, gut tun, Herrn Giesberts von sich abzuschütteln und ihm in der Wüste Gelegenheit zu geben, über seinen Mißgriff und seinen den christlichen Arbeiterorganisationen geleisteten Varedienst nachzudenken.

Diese echt christlichen Sätze sind in der Nr. 28 der Korrespondenz des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie enthalten. An der Spitze dieses Verbandes steht ein ebenso preussischer wie christlicher General, und der erste Beamte des Deutschen Reiches hat in seinem Silvesterbrief sich freiwillig zum Schutzpatron dieser sauberen Gesellschaft erhoben, die selbst an dem Grabe eines in allen Lagern, von allen anständigen Menschen geachteten und verehrten Mannes nur den einen echt christlichen Gedanken erwägen, ob nicht etwa diese allgemeine Sympathie eine Geschäftsstörung bewirken könnte und die Agitatoren und Aushalter des widerlichsten Verleumdungsbetriebes, der bisher sich im politischen Leben Deutschlands hervor-gewagt hat.

Das Deutschland — von Dr. Peters wieder-gespiegelt. Dr. Karl Peters leistet sich im „Tag“ in einem Artikel über Kolonialpolitik und Kolonialskandal folgende Sätze: „Ich wette zehn gegen eins, daß es in den deutschen Kolonien einen größeren Prozentsatz von Gentlemen gibt als im deutschen Reichstag oder

Im Durchschnitt deutscher Zeitungs-Redaktionen. „Der deutsche Philister verdaut die Skandale mit Behagen an seinem schmutzigen Kneipstische.“ „Der Beurteilung liegt neben direkter Schadenfreude die michel- und pinselfaste Einsekung des Regers zugrunde.“ „Das kennzeichnet das Deutschtum vor aller Welt als eine minderwertige Rasse und disqualifiziert es zur Weltpolitik. Wir geraten damit dem nationalen Anstande nach auf die Stufe von Serben und Ungarn.“ — Sieht das vielgerühmte Deutschtum wirklich so aus? Peters muß es wissen und französische und englische Zeitungen werden sich freuen.

Die Vertagung des Reichstages bis zum Herbst statt der erst beabsichtigten Schließung der Session steht nun fest; jedoch ist ein bestimmter Tag (man nennt den 15. Mai) noch nicht festgelegt worden. Daß die Regierung in die Vertagung willigen werde, konnte schon daraus geschlossen werden, daß sie in den letzten Tagen dem Reichstage eine ganze Reihe von Vorlagen hat zugehen lassen, die sämtlich vor Pfingsten kaum noch in Behandlung genommen, geschweige denn erledigt werden können. Es liegen nämlich dem Reichstage noch folgende Vorlagen vor: 1. Etat nebst drei Ergänzungsetats für 1907. 2. Maischbottichsteuernovelle. 3. Drei Beamtenpensions- und Renteengesetze. 4. Entwurf, betr. Herstellung von Zigarren in der Hausarbeit. 5. Entwurf, betr. Einschränkung der Majestätsbeleidigungen. 6. Entwurf über den Unterstüthungswohnsitz. 7. Novelle zur Gewerbeordnung (kleiner Befähigungsnachweis). 8. Vogelstuhlgeseh. Außerdem stehen für die nächsten Tage noch in Aussicht die Entwürfe über die Sicherung der Bauforderungen und den Versicherungsvertrag. Diese beiden Vorlagen, sowie die Unterstüthungswohnsitznovelle und das Vogelstuhlgeseh haben dem alten Reichstage bereits vorgelegen, sind teilweise auch schon beraten worden, so daß die ersten Lesungen wohl keine Schwierigkeiten ergeben werden. — Vor Pfingsten sollen noch zur Erledigung kommen: der Etat und die Ergänzungsetats (darunter die Farmerentschädigungen), die Beamtenpensions- und Renteengesetze. Was von dem sonst noch vorliegenden Stoff teilweise erledigt wird, hängt von der Geschäftslage des Hauses ab. Ob nun alle Vorlagen noch durch die erste Lesung gebracht werden können, ist fraglich.

Der Gesetzentwurf gegen die freien Hilfskassen wird gegenwärtig in den Bundesrats-Ausschüssen einer Umarbeitung unterzogen. Leider ist keine Aussicht vorhanden, daß jetzt etwas Vernünftiges herauskommt.

Ein neues Unterstüthungswohnsitz-Gesetz ist dem Reichstage ebenfalls noch zugegangen. Der Entwurf bestimmt, daß die Altersgrenze für den Erwerb und Verlust des Unterstüthungswohnsitzes vom zurückgelegten 18. Lebensjahr auf das zurückgelegte 16. Lebensjahr herabgesetzt wird, weil das 16. Lebensjahr den Beginn der wirtschaftlichen Selbständigkeit der arbeitenden Klassen bestimmt. Zum Erwerbe des Unterstüthungswohnsitzes ist ein zweijähriger ununterbrochener Aufenthalt in dem räumlichen Bezirk eines Ortsarmenverbandes erforderlich und genügend. Nach § 29 des alten Gesetzes von 1894 hat der Armenverband des Dienst- oder Arbeitsortes allen Personen, welche gegen Lohn oder Gehalt in einem Dienst- oder Arbeitsverhältnisse stehen, im Falle der Erkrankung am Dienst- oder Arbeitsort für die Dauer von 13 Wochen Kur- und Verpflegung zu gewähren, ohne hierfür einen Ersatz von dem für den Unterstüthungswohnsitz des Erkrankten zuständigen Armenverbande beanspruchen zu dürfen. Der Fortfall der Erstattungsansprüche ist an die Voraussetzung geknüpft, daß das Dienst- oder Arbeitsverhältnis nicht nach seiner Natur oder im Voraus durch Vertrag auf einen Zeitraum von einer Woche oder weniger beschränkt ist. Die Vorschrift des § 29 sollte dem Grundsatze der Wechselwirkung zwischen wirtschaftlicher Leistung und Unterstüthungspflicht Rechnung tragen und zugleich den praktischen Zweck verfolgen, in betreff gewisser Bevölkerungsklassen, bei denen ein besonders häufiger Ortswechsel vorkommt, die Streitigkeiten wegen Erstattung der Verpflegungskosten und Übernahme Hilfsbedürftiger zu vermindern. Der jetzige Entwurf führt den zu Grunde liegenden sachlichen Gedanken weiter durch, indem er die Verpflichtungen des Dienst- und Arbeitsortes in sachlicher, zeitlicher und räumlicher Beziehung erweitert. In sachlicher Beziehung sieht der Entwurf die Ausdehnung des besonderen durch § 29 dem Ortsarmenverbande des Dienst- oder Arbeitsortes auferlegten Verpflichtung auf alle Fälle der Hilfsbedürftigkeit mit der Maßgabe vor, daß diese Verpflichtung auch dann begründet wird, wenn die Hilfsbedürftigkeit innerhalb einer Frist von einer Woche nach Beendigung des Dienst- oder Arbeitsverhältnisses eintritt. In zeitlicher Beziehung dehnt der Entwurf die endgültige Fürsorgepflicht des Dienst- oder Arbeitsortes von 13 auf 26 Wochen aus. In räumlicher Beziehung wird die Verpflichtung der Dienst- oder Arbeitsgemeinde in der Weise ausgedehnt, daß ihre für die Dauer der ersten 26 Wochen nach dem Eintritte der Hilfsbedürftigkeit die Erstattung derselben Kosten auferlegt wird, welche von einem anderen Armenverbande für Arbeiter angewendet worden sind, die außerhalb der Arbeitsgemeinde hilfsbedürftig geworden sind. — § 32 erhält folgende neue Fassung: „Wird ein Norddeutscher, der keinen Unterstüthungswohnsitz hat, auf Verlangen einer ausländischen Staatsbehörde oder auf Antrag eines Konjuls oder Gesandten des Reiches aus dem Auslande übernommen, so liegt, wenn bei der Übernahme der Fall der Hilfsbedürftigkeit vorhanden ist oder innerhalb sieben Tage eintritt, die Verpflichtung zur Erstattung der Kosten der Unterstüthung beziehungsweise zur Übernahme des Hilfsbedürftigen demjenigen Bundesstaate ob, innerhalb dessen der Hilfsbedürftige seinen letzten Unterstüthungswohnsitz gehabt hat, mit der Maßgabe, daß es jedem Bundesstaate überlassen bleibt, im Wege der Bundesgesetzgebung diese Verpflichtung auf seine Armenverbände zu übertragen.“

Fürliche Demokraten und konservative Republikaner. Zu einer grandiosen Poste kam es im Breslauer Stadtparlament. Die konservative Wahlbezirkseinteilung lie in der ersten Klasse (Höchstbestennte) nicht Fuß fassen und zur Herrschaft kommen läßt, beantragten eine — gerechtere Wahlbezirks-

einteilung — und die Merkmalen sekundierten. Die freisinnige Mehrheit wies dieses „Ansuchen“ mit Entrüstung und Komödianten-Argumenten zurück! Seit die Breslauer Freisinnigen die Ehre hatten, für einen lebhaftesten Flurstimmen zu dürfen, treten sie nur noch als Loyale auf. Ihr Führer, Justizrat Heibelberg, derselbe, der im Januar dem Hofe zu Fuß lag, brachte es fertig, die Unfugigkeit der jetzigen Einteilung u. a. folgendermaßen zu rechtfertigen: „Man darf nicht vergessen, daß es etwas anderes ist, ob Leute an der Wahl teilnehmen, die im Innern der Stadt anständig oder dort Gewerbetreibende sind, als wenn sie an der Peripherie wohnen und vielseitige Interessen haben. Wenn es da vorkommt, daß Wähler eines Bezirks ein dreimal so weitgehendes Wahlrecht haben wie andere in anderen Bezirken, so ist das noch lange keine Monstrosität.“ — Also der freisinnige Führer, derselbe, dessen Reichstagswähler bei der Stichwahl in Breslau-Land für den Junker Carmer stimmten. Die Konservativen aber legten an der Hand der amtlichen Ziffern dar, daß die jetzige Einteilung viele Kommunalwähler entrechte. Komme es doch vor, daß in einigen Bezirken nur 200, in anderen dagegen über 600 Wähler seien! Und das tollste: Welt im Reiche die Freisinnigen es mit den Konservativen nicht verderben dürfen, und weil sie in Breslau bei Stichwahlen aufeinander angewiesen sind, fand kein Freisinniger den Mut, die Heuchelei der Konservativen zu kennzeichnen! Um so ausführlicher wurde das von Sozialdemokratischer Seite befragt. Genosse Löbe erklärte sich im Prinzip mit dem konservativen Antrage einverstanden, wies aber zugleich darauf hin, daß dieselben Konservativen, die hier so ostentativ ihr Gerechtigkeitsgefühl heraushängen, in der Entrechtung der preußischen Proletarier keine Ungerechtigkeit und in der junkerlichen Wahlkreiseinteilung im Reiche sozusagen einen Idealzustand erblicken. Es sei zum mindesten auffallend, daß die Konservativen ihr Gerechtigkeitsgefühl immer nur dann entdecken, wenn es ihren Sonderinteressen diene. Das Eintreten der Sozialdemokraten für den Antrag rief wiederholt den freisinnigen Oberbürgermeister auf den Plan, und tatsächlich gelang es seiner auf bescheidene Leute zugeschnittenen Beredsamkeit, den Antrag mit Hilfe seiner „allergetreuesten Opposition“ zu Falle zu bringen. Die ungerechte Einteilung der Wahlbezirke bleibt also bestehen, bis — die Arbeiter die dritte Klasse erobert haben. Rechter Hand — linker Hand, alles vertauscht. In Breslau beweisen die Freisinnigen in klassischer Weise, daß die Junkerpolitik kein Privilegium der Junker ist.

Rußland.

Eine geheime Dummheit fand gestern statt. Dieselbe hatte sich mit der Festsetzung der Höhe des Rekrutenkontingents zu beschäftigen. Infolge des provokatorischen Auftretens des Kriegsministers nahm dieselbe einen stürmischen Verlauf. Über die Sitzung wird dem „Hbg. Corr.“ gemeldet: Der Kriegsminister Rüdiger hielt eine sehr scharfe Rede. Falls die Duma den Gesetzentwurf über die Rekrutenanhebung nicht annehme, würde die Regierung selbständig und über den Kopf der Duma hinweg handeln. Darüber entstand fürchterlicher Lärm. Die Linke rief: „Hinaus. Hier ist keine Kaserne.“ Der Kriegsminister münzte seinen Ton und sprach über die Notwendigkeit der Vorlage. Nach ihm sprach der Kadettenabgeordnete Hesen. Er tabelte die Rede des Kriegsministers, die der Sache eher schade als nütze, da die Rechte und die Kadetten bereits die Annahme der Vorlage beschlossen hätten. Der Sozialdemokrat Surabow erklärte, bei dem jetzigen bürokratischen System habe die Armee nur Niederlagen erlitten und werde sie auch künftig erleiden. (Andauernder Lärm rechts. Rufe: Dies Wort bedeutet eine Beleidigung der Regierung und der Armee.) Präsident Solowin ergriff die Glocke und forderte Surabow auf, seinen unparlamentarischen Ausdruck zurückzunehmen, andernfalls würde er ausgeschlossen werden. Da trat der Sozialist Zereteli auf und verkündete laut, Surabow habe namens der gesamten Partei gesprochen, er habe nicht nötig, etwas zu widerrufen. Der Lärm nahm inzwischen immer mehr zu, sodaß Präsident Solowin eine Pause von 10 Minuten anordnete. Daraus aber wurden zwei Stunden. Zereteli erschien wieder laut schreiend. Solowin verbot ihm zu sprechen und schwang ununterbrochen die Glocke und beantragte, ihn auszuschließen. Darauf verließ die gesamte Linke den Saal. Auf Antrag des Präsidenten wurde mit zwei Stimmen Mehrheit die Sitzung um 8 Uhr auf Dienstag vormittag 11 Uhr vertagt. Die Deputierten blieben noch längere Zeit debattierend in den Wandelgängen.

Ein Deutscher vom Militärgericht verurteilt. Das Militärgericht von Warschau hat den deutschen Reichsangehörigen Ofen wegen Zugehörigkeit zur revolutionären Militärorganisation zu vierjähriger Zwangsarbeit verurteilt.

Schweden.

Die Großen und die Kleinen. Nach einer Meldung aus Stockholm hat die erste Kammer des Reichstags beschlossen, den Zoll auf ungemahlene Mais von 3 Kronen 70 Öre auf 1 1/2 Kronen pro 100 Kilogramm herabzusetzen. Die zweite Kammer hat sich noch nicht mit der Frage beschäftigt. — Ohne Zweifel wird die zweite Kammer diesem Antrage zustimmen. Beide Kammern des schwedischen Reichstages weisen agrarische Majoritäten auf, die mindestens ebenso stark sind wie die agrarisch-schwarzblauerische Mehrheit des Deutschen Reichstages. Die deutschen Agrarier haben aber bei der Beratung der neuen Handelsverträge im Reichstage umgekehrt eine Erhöhung der Maiszölle durchgesetzt. Wie kommt es, daß die schwedischen Agrarier in dieser Frage einen ganz anderen Standpunkt einnehmen als die deutschen Agrarier? Nun, die schwedischen Agrarier müssen in erster Linie die Interessen der bäuerlichen Besitzer wahrnehmen, denen es besonders auf billige Futtermittel ankommt, da sie auf die Viehzucht ihr Hauptaugenmerk richten. Die deutschen Agrarier aber betreiben vor allen Dingen die Geschäfte der selbstigen Großgrundbesitzer, deren Hauptinteresse auf die Körnerproduktion

gerichtet ist und die daher in jedem ausländischen Futtermittel, auch wenn dessen billige Einfuhr der inländischen Viehproduktion zugute käme, einen unbedeuten und lästigen Produzenten erblicken. Gerade bei der Frage des Maiszollens erhebt man am deutlichsten, wie übel beraten die deutschen Bauern sind, wenn sie immer noch in beträchtlicher Anzahl den ostelbischen Agrariern Gefolgschaft leisten.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 30. April.

Zuzug von Fischern, Drechslern, Maschinern und Hilfsarbeitern nach Lübeck ist strengstens fernzuhalten. Die Streikleitung.

Der Maifeier wegen erscheint die nächste Nummer des „Lübecker Volksboten“ am 2. Mai. Sämtliche Geschäftsräume bleiben am 1. Mai geschlossen.

Arbeitsruhe am 1. Mai beschlossen die Arbeiter von P. Pfl. u. Co.

Achtung, Gewerkschaftskassierer! Der Kassierer des Gewerkschaftskartells und des Arbeitersekretariats wird am Donnerstag, Freitag u. Sonnabend dieser Woche abends von 8 Uhr an zur Entgegennahme der Beiträge im Vereinshaus anwesend sein.

Fahrtveränderungen. Vom 1. Mai bis 30. Septbr. d. Js. werden in Lübeck Sonn- und Festtags Fahrarten zu folgenden ermäßigten Preisen veransagt: a) nach Ragenburg und zurück zum Preise von 1 Mk. in III. und 1,50 Mk. in II. Klasse; b) nach Mölln i. L. und zurück zum Preise von 1,50 Mk. in III. und 2,30 Mk. in II. Klasse. c) zum Sonderzuge 1,10 nachmittags, außer am Travemünder Renn-Sonntage nach Travemünde und zurück zum Preise von 0,75 Mk. für die III. und 1,10 Mk. für die II. Klasse.

Die Ortskrankenkasse in Lübeck hielt am Sonnabend im Bürgerverein ihre Generalversammlung ab. Nach Verlesung des Protokolls wurde beschlossen, daß fortan den Vertretern des Protokoll der Generalversammlung innerhalb 6 Wochen nach dem stattfinden derselben gedruckt zugesandt werden soll. Bei der Beratung des Jahresberichts wurde bemängelt, daß die Kassiererteile bei Berechnung ihrer Honorarbeiträge verschiedene hohe Verluste haben. Vom Vertrauensarzt wurde erklärt, daß dieses Dunkel noch nicht gelichtet sei; die Angelegenheit schwebt gegenwärtig in der Ärztekammer. Herr Dr. Widmann meinte, daß die Ursachen der geringen Erscheinung in der nicht richtigen Aufstellung der Verhältniszahlen seitens der Ärztekammer zu erblicken sei. In den wenigen Monaten dieses Jahres hätten die Ärzte infolge der vielen kleinen Erkrankungsfälle bereits ein Defizit von 10 000 Mk. aufzuweisen. Aus diesem Grunde könne wohl der Durchschnittssatz von 7 Mk. nicht lange mehr gehalten werden. Ferner wurde von einem Vertreter die Höhe der Ausgaben für Arzneikosten gerügt; mehrere Redner meinten jedoch demgegenüber, daß eine Sparamkeit an den Arzneimitteln falsch sei. Der Jahresbericht wurde hierauf genehmigt und der Vorstand entlastet. — Sodann wurde zur Beratung des Anstellungsvertrages für die Beamten der Kasse geschritten. Dieser Vertrag ist vom Vorstande unter künstlicher Berücksichtigung der zwischen dem Zentralverbande der Ortskrankenkassen einerseits sowie dem Verbands der Verwaltungsberechtigten der Krankenkassen usw. und dem Zentralverein der Bureauangestellten geschaffenen Tarifgemeinschaft andererseits ausgearbeitet worden. Nach demselben ist für Bureauvorsteher ein Gehalt von 2200 Mk., für den 3300 Mk., für Rechnungs- und Rezeptprüfer von 1800 bis 2700 Mk., für Assistenten von 1600 bis 2400 Mk. und für Krankenkassierere, ständige Hilfsarbeiter und Kassendiener von 1200 bis 1800 Mk. vorgezogen. Außerdem wird die Ferienfrage, die Fortzahlung des Gehalts bei Krankheitsfällen u. geregelt. Ein Antrag auf Kommissionsberatung wurde abgelehnt. Annahme fand jedoch ein Antrag, die Neueingelung der Gehälter schon ab 1. Januar 1907, statt wie nach der Vorlage ab 1. April 1907, vorzunehmen. Ein Antrag, der die nach dem Entwurf zulässige Ausbildung von jungen Leuten beschränken wollte, wurde abgelehnt. Die Ausbildungszeit wurde auf 4 Jahre, die Entschädigung für die jungen Leute auf 300, 400, 600 und 900 Mk. jährlich festgelegt. Nach beendeter Ausbildungszeit rücken die jungen Leute sofort in die Klasse der ständigen Hilfsarbeiter ein. Der Vorstand wurde ersucht, darauf zu dringen, daß die jungen Leute die kaufmännische Fortbildungsschule besuchen. Der Lohn für nichtständige Hilfsarbeiter wurde auf 4 Mark pro Tag festgelegt. Der Entwurf fand in dieser Fassung Annahme. Dem Vorstande wurde überlassen, eventuell den Betrag der Kasse auf das neue Industriegebiet auszuwenden. Die Anstellung eines zweiten Berufskrankenkassierers wurde genehmigt. In den Vorstand wurden seitens der Arbeitgeber die Herren Kellman und Key, seitens der Arbeitnehmer die Herren Hoff, Wedder, Böckers und Alwert, zu Rechnungsprüfern die Herren Buch, Löwig und Stark gewählt. Für 1907 bleibt das für das Vorjahr gültige Abkommen mit der Ärztekammer, nach welchem bei Behandlung von Krankheitsfällen in einem anderen als im Allgemeinen Krankenhaus die Hälfte der Arztkosten aus der Kasse und die andere Hälfte aus der Kasse bezahle wird, bestehen. Dem Vorstand wurde anheimgestellt, zu erwägen, ob nicht für die Errichtung eines Erholungsheims für die Angestellten Mittel bereitgestellt werden können. — Nach 5 1/2 stündiger Dauer erreichte die Versammlung um 2 1/2 Uhr morgens ihr Ende.

Kirchliche Berichterstattung gehet zu den Gepflogenheiten der „Lübeckischen Anzeigen“, wenn man dadurch dem Gegner ein ausweichendes kann. Indem Sätze aus dem Zusammenhang gerissen und entzweit wiedergegeben werden, gibt man dem Publikum ein ganz falsches Bild von dem wirklichen Sachverhalte und rückt den Redner in ein schlechtes Licht. So geschieht es auch in einem Bericht über die letzte Generalversammlung der Ortskrankenkasse. Es heißt dort u. a.: „Sodann wurde die Höhe der Ausgaben für Arzneien und sonstige Heilmittel (67 394,16 Mk.) bemängelt und angeregt, ob es nicht möglich sei, mit den Apotheken ebenso eine Barzahlung zu vereinbaren wie mit den Ärzten, wenn es nicht angängig sei, daß die Ortskrankenkasse eine eigene Apotheke sich schaffe. Vom Arbeitnehmer-Vertreter Löwig wurde, ohne daß er, wie er selbst zugab, Beweise dafür habe, die Vermutung ausgesprochen, daß die Apotheken die Ortskrankenkasse sehr überfordert.“ — Wenn man diese angebliche Äußerung Löwigs im Amtsschlatt liest, so muß man unwillkürlich zu der Ansicht kommen, als ob in derselben eine Verächtlichmachung der Apotheken liegen soll. Das hat der Berichterstatter natürlich auch nur gewollt. In Wirklichkeit lag die Sache jedoch so, daß von anderer Seite der Verdacht ausgesprochen wurde, als ob die Ortskrankenkasse an die Apotheken zu hohe Summen zahlen müsse, und aus diesem Grunde die Gründung einer eigenen Apotheke befürwortet. Dagegen wandte sich Löwig und bemerkte im Anschluß daran, daß auch er vermute, daß die Apotheken die Ortskrankenkasse besonders ausnützen; natürlich habe er keine Beweise dafür. Es sollte damit

durchaus nicht der Verdacht ausgesprochen werden, als ob die Apotheker sich einer unehelichen Handlung schuldig gemacht hätten, wie man nach der Amtsblattnotiz annehmen muß, sondern nur die hohen Arzneipreise, welche die Ortskrankenkasse zahlt, gekennzeichnet werden. Anders konnte keiner der Anwesenden, dessen Auffassungsvermögen nicht gar zu beschränkt ist, die fragliche Äußerung, die sich übrigens mit der Ansicht mehrerer anderer im Amtsblatt nicht genannter Redner deckt, überhaupt nicht verstehen. Das Amtsblatt bringt jedoch die nebenstehende Redewendung in einer Form, die den Sinn nicht richtig wiedergibt und die dazum soll, daß der Arbeitnehmervertreter Löwigt beweislos verdächtigt. Nach dem, was vorstehend gesagt ist, erübrigt es sich wohl, mit nur einem Wort die perfide Unterstellung noch besonders zurückzuweisen.

Ausdehnung des Betriebes der Straßenbahn. Seit einiger Zeit schweben zwischen dem Polizeiamt und der Verwaltung der Allgemeinen Lokal- und Straßenbahngesellschaft über die Ausdehnung des Betriebes am Abend Verhandlungen. Wie wir hören, wird bereits vom 1. Mai d. J. ab die Ausdehnung des Betriebes stattfinden. Das ist im Interesse des Verkehrs und des Publikums nur zu begrüßen.

Ein interessantes Schauspiel bot sich gestern nachmittags kurz vor vier Uhr den Passanten der Grönföhrder Allee. Dort spazierte nämlich ganz gemütlich auf der Straße eine Anzahl Schweine, und zwar entzweiten dieselben einem Schlachtwagen, der umgeworfen war; die Pferde hatten sich schleunigst aus dem Staube gemacht. Die in geräucherstem, gekochtem und gebratenem Zustande so wohlriechenden Porstentiere konnten jedoch nicht entweichen, sondern wurden wieder eingefangen und ihrem tragischen Schicksal entgegengeführt. Das Schweinegreifen vor einem recht ergötzlichen Anblicke.

Auf dem Maiestage wird in diesem Jahre zum ersten Male Schwarz große Kunst- und Kriegs-Ausstellung gezeigt. Hier und noch in keiner Stadt gezeigt ist das Leichenbegängnis des Reichstagsabgeordneten Ignaz Mier in Berlin, sowie Nebel am Grabe seines verstorbenen Freundes. Es ist wohl anzunehmen, daß die Ausstellung sich eines zahlreichen Besuches erfreuen wird.

ph. Steckbrief. Ein Arbeiter aus Luste in Osterfeld, der seitens der Anwaltschaft in Bremerhaven wegen Diebstahl und Missethat zum Diebstahl gesucht wird, wurde auf dem hiesigen Hochhofenwerk ermittelt und festgenommen.

ph. Geisteskranker Kinderwagen. Vor dem Hause Seidlichstraße 11 ist am 29. d. Mts. ein zur Beförderung von Wäsche dienender Kinderwagen abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden.

Wahl. Von der Gemeindeversammlung in Herrenwyk ist an Stelle des aus dem Gemeindevorstande ausgeschiedenen Handelsmannes W. F. H. Niemann der Bäcker A. F. B. Niemann zum Mitgliede des Gemeindevorstandes auf die geprüfte Amtsbauer von 6 Jahren erwählt worden.

Stoßesdorf. Eine Parteiverammlung findet am heutigen Dienstagabend 8 Uhr im Lokale des Herrn Baetan statt. Die Parteigenossen werden ersucht, recht zahlreich in dieser Versammlung zu erscheinen.

Hamburg. Die Beleidigungsklage Boermanns gegen die „Frankfurter Ztg.“ wurde durch Vergleich erledigt. Der verklagte Redakteur Bäsching gab die Erklärung ab, daß ihm die Absicht der Beleidigung Boermanns ferngelegen habe. Darauf zog dieser die Klage zurück. Die Forderung des Verklagten, Dernburg und Erzberger als Zeugen zu vernehmen, war vom Gericht abgelehnt worden. — Von dem Hamburger Dampfer „Frieda“, der auf der Reise von Huelva nach Rouen beim Kap de la Hague strandete, wurden 19 Mann der Besatzung gerettet. — Die Hamburger Bäckergehilfen lehnten den zwischen den Meistern und den Vertretern der Gesellen vereinbarten Tarifvertrag ab.

Harburg. Großfeuer entstand gestern zwischen 12 bis 1 Uhr in der benachbarten Ortschaft Westefeld. Die Feuerwehren der umliegenden Ortschaften sowie die Harburger Feuerwehr leisteten Hilfe. Sieben Gehöfte fielen dieser Feuersbrunst zum Opfer.

Nordenham. Am 1. Mai darf nicht getanzt werden. Dieses Gebot hat das oldenburgische Amt Nudjadingen den Arbeitern von Nordenham und Gnswarden-Alexen, welche den 1. Mai feiern wollten, auferlegt. Das oldenburgische Ministerium hat diese merkwürdige Verfügung bestätigt und den Beschwerdeführern auch noch 779 Mark Kosten berechnet. Im übrigen Oldenburger Ländchen besteht ein solches Verbot nicht.

Aus Nah und Fern.

Versehen oder Absicht? Aus Berlin melden bürgerliche Blätter: In der Nacht auf Sonntag suchten die beiden Kriminalbeamten Schönfeld und Kater in einer Destillation an der Ecke der Frankfurter Allee und in der Nudjeringerstraße einen Verbrecher, den sie aber nicht fanden. In dem Lokal waren etwa dreißig junge Leute anwesend, die die Schutzleute verhöhnten, sodaß der Wastwirt schließlich Feiern abgab. Als die Schutzleute sich auf die Straße begeben hatten, wurden sie von den dreißig jungen Leuten umringt. Schußmannsch. wurde zu Boden geworfen, mit Füßen gestoßen und ihm die Kleidung zerrissen. Er gab einen

Schreieschrei ab, worauf uniformierte Schutzleute herbeieilten. Inzwischen war auch der Kriminalbeamte Kater von den Leuten bedroht worden. Er hielt die Pistole vor sich hin mit der Drohung, daß er sofort schießen werde, wenn er angegriffen würde. Darauf wurde er mit einem Gegenstand auf den Arm geschlagen, wobei die Pistole sich entlud. Die Kugel traf den Omnibusfaher Fauns ins Herz, der sofort tot umfiel. Darauf entflohen sämtliche Exzedenten. An derselben Stelle entstand später ein zweiter Erzeß, bei dem sechs Personen festgenommen wurden, die aber mit dem ersten Erzeß nichts zu tun hatten.

Vom Freunde erschossen. In Essen wurde der Krankenwärter Julius Vogt von seinem Freunde Felgner erschossen. Nach Verübung der Tat tödete sich F. durch einen Schuß in die Schläfe.

Ein Lump. Der 53jährige Viertelweiser Karl Wirth in Magdeburg, welcher mit seiner schwerhörigen und leidenden Frau seit Jahren im Unfrieden lebte, bearbeitete dieselbe in der Nacht mit einem Schemelbein so unbarbarisch, daß er ihr auch den Schädel zertrümmerte. Die Frau blieb zuletzt tot in ihrem Bette liegen. Wirth ging am Morgen zur Arbeit, als die Polizei mittags den Mord entdeckte und den Mörder verhaften wollte, schloß sich dieser eine Revolverkugel in den Kopf. Sein Zustand ist bedenklich.

Unschuld. Der in Wieg verhaftete Offiziersburche, der unter dem Verdacht verhaftet worden war, in letzter Zeit mehrere Mädchen und Frauen durch Stiche verletzt zu haben, ist wieder in Freiheit gesetzt worden, da der Verdacht sich als unbegründet erwies hat.

Vulkanischer Ausbruch. Aus Rom wird unter dem 28. April gemeldet: Heute morgen 9 1/2 Uhr vernahm man in Reggio di Calabria einen dumpfen Knall. Man bemerkte bald eine Rauchsäule, die im Nordwesten dem Meere entstieg und aus dem Vulkan der Insel Stromboli kam. Die Rauchwolke hatte die Gestalt einer ungeheuren Birne. Kurz darauf traf von dort die Nachricht ein, der Vulkan hätte sich mit großer Heftigkeit wieder geregt und Schaden an Häusern und Wäldern verursacht. Die Bevölkerung, die erst sehr aufgeregt war, hat sich dann wieder beruhigt.

Schweres Unglück. Einem Newyorker Telegramm der Abendblätter zufolge ist in Baltimore ein Bier zusammengebrochen, wobei 40 Menschen um gekommen sein sollen.

Verantwortlich für die Kubik Lübeck und Nachbargebiete und die mit P. L. gezeichneten Artikel Paul Löwigt: für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellung. Verleger: T. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Komitee- u. Kommissions-Sitzungen

V. & A.
Sitzung Donnerstag, abends 8 1/4 Uhr

S. V. St.
Heute Dienstag den 30. April abends 8 Uhr bei Herrn Paetan in Fackenburg

Am 28. d. Mts. entschlief in Daffow sanft unser Vater und Schwiegervater der Postkassierer a. D. **J. Heuser** im 96. Lebensjahre. Auf's tiefste betrauert von **F. Kraus** und Frau geb. Heuser. Die Beerdigung findet am Mittwoch, Nachmittags 3 Uhr statt.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und zahlreichen Kranzspenden beim Ableben unseres lieben Verstorbeneu **Joach. Holtz**, sagen wir hiermit allen Beteiligten, besonders seinen Arbeitgebern und Mitarbeitern der Ziegelei Bunteluh, sowie dem Herrn Pastor Schulze für die trostreichen Worte unsern innigsten Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Moistung, April 1907.

Zum 1. Juli mehrere 2 Stuben-Wohnungen zu vermieten. Schönkampstraße 36. Näheres daselbst und Kanalstraße 10 part. Geblüde

Anlegerin
gesucht.
Buchdruckerei Werner & Hörnig, Königstraße 47.
Eine Drehmangel und Dezimalwaage ist billig zu verkaufen. Bülowstraße 8.

Wünsche meinen werten Kunden
ein vergünstigtes Maifest!
Hermann Goebler,
Bülowstraße 13.

5 Pf. aufwärts zahle für Hausstandslumpen, sowie für Altmetalle und Gummi die höchsten Preise.
Altfraße 37. Febr. 1818.
Wegen Maifeier
Donnerstag abend
Eimerbier.
H. Bade.

Empfehlungs-Karten
Die Buchdruckerei des Lübecker Volksboten.

Meinen werten Kunden die ergebene Anzeige, daß mein Bruder meine

Bäckerei und Konditorei

künftig erworben hat und bitte, indem ich für das mir bewiesene Wohlwollen bestens danke, selbiges auch auf meinen Nachfolger übertragen zu wollen.
Hochachtend

Eduard Trepkau.

Bezugnehmend auf obiges, bitte ich ein geehrtes Publikum mein Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen. Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, gute Waren bei reeller Bedienung zu liefern und zeichne mit größter Hochachtung

Ernst Trepkau.

Carl Folkers

Möbel-Magazin

25 Marlesgrube 25.

Vollständige Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.

Zimmer-Einrichtungen stets vorrätig.
Lieferung frei Haus
auf eigenem Möbelwagen.
Bei Barzahlung Rabatt.
Teilzahlung gestattet.
Gebe rote Lubeca-Marken.

Herren-Anzüge

moderner Stoffe und in größter Auswahl von 10, 13, 15, 18, 20-38 Mark

Jünglings- und Knaben-Anzüge

zu enorm billigen Preisen

1 Posten Arbeitshosen

1 Mt. 80 Pf.

H. Bössel,

Bülowstraße 37.

Bunteluh-, Krummesser und Rütjenburger Doppel-Rümmel sowie sämtliche Weine und Spirituosen empfiehlt

Hans Pichelmann,

Friedensstraße 78, Eingang Drossingstr. 1.
Lubeca-Rabattmarken.

Gute Zigarren 100 Stück 2.90 Mark.
Johannisstraße 17/19.

Restaurant

Zum Holstenkrug

Holstenstraße.
Bringe allen Freunden und Gönnern mein

Restaurant

in gütige Erinnerung.
Ausverkauf von ff. Haus-Bier.
Adolf Posky.

Bringe die

Kantine

beim

Zentral-Befängnis

in freundliche Erinnerung.
H. Struck.

Zur Maifeier
am 1. Mai
empfehle allen Freunden und Genossen meine auf dem Festplatz stehende

Spielbude.

Carl Curs.

Achtung Tapezierer!
Abmarsch zum Maifestzuge 1 1/2 Uhr vom Vereinslokal.
Der Vorstand.

Achtung

Zentral-Verband aller in der Schmiederei beschäft. Personen.

(Rahlsche Lübeck.)
Abmarsch zur Maifeier mittags 1 1/4 Uhr vom Vereinshaus, Johannisstr. 46-52. Pflicht eines jeden Kollegen ist es, sich hieran zu beteiligen.
Laut Beschluß der letzten Versammlung müssen die Kollegen ihre Verbandsbücher zwecks Kontrolle am Mittwoch morgen von 7 1/2-9 Uhr bei Schröder, Ledersstr., vorzeigen.
Der Vorstand.

Achtung Bauarbeiter!

Abmarsch zur Maifeier am Mittwoch mittags 1 1/4 Uhr vom Vereinshaus.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Achtung Zimmerer!

Abmarsch zur Maifeier am Mittwoch mittags 1 1/2 Uhr vom Vereinshaus, Johannisstr. 50-52.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Achtung Steinarbeiter.

Abmarsch zur Maifeier am Mittwoch den 1. Mai mittags 1 1/4 Uhr vom Vereinshaus, Johannisstr. 46-52.
Der Vorstand.

Arbeiter-Turn-Verein Lübeck.

Abmarsch zum Maifest-Sammelplatz vom Vereinslokal Hundestraße 41 präzis 1 1/2 Uhr.
Der Vorstand.

Achtung Löpfer!

Abmarsch der Kollegen zur Maifeier präzis 1 1/2 Uhr vom Vereinshaus.
Die Kontrolle morgens 8 Uhr fällt aus.
Der Vorstand.

Quartettverein Amicitia.

General-Versammlung

am Sonnabend, den 4. Mai, abends 9 Uhr.
in Hasse's Gesellschaftshaus, Johannisstr. 1. D.: Abrechnung, Wahlen, Votenwahl, Ausflug, Sommerfest, Verschickens.
Der Vorstand.

D. Wagner
8 Holstenstrasse 8.

Rote
Rabatt-Marken.

D. Wagner
8 Holstenstrasse 8.

Zur Maifeier und zum Dienstbotenwechsel!

Grösste Auswahl, billigste Preise!

Englische Hüte, elegantes Sportgenre, von 70 Pfg. bis zu 6 Mark.
Damen-Hüte mit einfacher Garnitur von Mk. 1 an.
Damen-Hüte, die u. sehr reichhaltig garniert v. Mk. 3⁷⁵ an bis zu den elegantesten.

Panama in verschiedenen Preislagen.

Ein enormer Posten garnierter Kinderhüte
sonst 1.—, 1.20, 1.40, 1.60, 1.80—8 Mk.
jetzt 0.50, 0.60, 0.70, 0.80, 0.90—4 Mk.

Ungarnierte Hüte

in grösster Auswahl und in verschiedenen Geflechten zu bekannt billigen Preisen.

Maletot (Matrosenhut) von 60 Pfg. an.

Batist-Seidenhütchen und -Häubchen, reizende Neuheiten, fabelhaft billig.
Großes Lager in Bändern, Schleiern, Blumen, Straußfedern u. s. w.

Rote
Rabatt-Marken.

Rote
Rabatt-Marken.

Atelier für Zahntechnik
und Zahnpflege.
H. Schreiber, Breitstr. 24

Geschäfts-Uebnahme.

Einem geehrten Publikum zur Kenntnis, daß ich meine bisher betriebene
Bäckerei und Konditorei, Wakenitzmauer 3a
an Herrn **M. Schlüter** übertragen habe. Indem ich für das mir erwiesene Wohl-
wollen bestens danke, bitte ich dasselbe auch auf meinen Nachfolger übertragen zu wollen.

Hochachtungsvoll

Bernhard Rosenblum.

Bezugnehmend auf obiges Inserat erlaube ich mir, einem geehrten Publikum an-
zuzeigen, daß ich die Bäckerei und Konditorei von Herrn **Bernh. Rosen-
blum** übernommen habe.

Durch meine langjährige Tätigkeit in ersten Geschäften bin ich in der Lage, stets
saubere und schmackhafte Ware zu liefern. Indem ich bitte, mein junges Unternehmen
gütigst unterstützen zu wollen, zeichne

Hochachtungsvoll

M. Schlüter.

Geschäfts-Eröffnung.

Einem geehrten Publikum von Lübeck und Umgegend, sowie allen Nachbarn,
Freunden und Bekannten die ergebene Mitteilung, daß ich in meinem Hause

St. Annenstrasse 18

eine Bauklemmerei und Reparatur-Werkstatt

sowie Installationsgeschäft für Gas-, Wasser-, Klosett-, Bade- und Bierleitungen
eröffnet habe. Gleichzeitig empfehle mich zur Anlage von Hausstelegraphen. Indem
ich prompte und reelle Bedienung bei billigsten Preisen zusichere, bitte ich, mein junges
Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.

Hochachtungsvoll

Franz Stamer, Klempner u. Mechaniker,
18 St. Annenstrasse 18.

Allen voran

in Preiswürdigkeit und Haltbarkeit sind
die **Arbeitsgarderoben** aus
Lübeck's ältestem Spezialgeschäft von
Louis Levy Ecke Marienstraße
gestr. Lederhosen 2.10 3.50 4.50 5. 7.50
braune 2.20 3.50 4.50 " 10
blaue Pilotenhosen 1.95 2.50 3.50 " 6.50
Mauerhosen 2.50 3.75 4.50 " 8.50
Manchesterhosen 3.50 4.50 5.75 " 10
Zweitenhosen 1.50 2.20 3.— " 4.50

Spezialität: Hamburger Schnitt-
hosen f. Mauerer, Schlosser, Zimmerer

Sämtliche Wandweiten in Dosen vor-
rätig! — Blauleinen Dosen und Jacken
1.10 bis 2.50 Mk. Blau und weiß ge-
streifte Rajen und Lein. Hemden, Mauer-
Jacken und -Hosen von 1.90 Mk. an.
Maler-Kittel von 2.30 Mk. an.

Rote Rabattmarken!

Misch-Kaffee

gutschmeckend und kräftig
Pfund 60, 80, 90 u. 100 Pfg.

H. Bülck

Kaffee- und Teehandlung
Fernspr. 149. Breitestr. 54.



**Adler-
Brauerei
Lübeck**

empfehl
ih
verbürgt rein aus
Hopfen und Malz
hergestelltes
vorzügliches
Lager-
Bier

in Gebinden
und Flaschen.

Fernspr. 693.

Großer Räumungs-Verkauf

des ca.

20000-Mark-Warenlagers der Firma Wilhelm Bartelt.

Enorme Vorteile durch nie dagewesene billige Preise.

Damen-Wäsche.
Unterzeuge.
Fert. Mädchen-Kleider.
ca. 500 Schürzen
teils erheblich unter Einkauf.
Korsetts.

Baumw. Kleiderstoffe
I Posten II Posten III Posten IV Posten
22 Pf. 35 Pf. 48 Pf. 60 Pf.
Damen-Jackets und
Blusen, Kostümröcke,
Kostüme
jetzt unter Preis.

ca. 600 Reste und Restbestände
für Kleider, Blusen, Kinderkleider, Gardinen usw.
zu spottbilligen Preisen.

Markthallen-
Eingang

Markmann & Meyer, Breitestraße 44.

Zum ersten Mai!

Von Richard Wagner.

Wenn uns das Glück umkost wie Mollat lübe,
Als Märchenfee, die nur Geschenke heint
Und lässlich dem verwöhnten Vatenskinde
Den Lebenspfad mit Blumenuracht befreut,
Dann klnat das Sänseln uns der Lenzeswinde
Durchs leichte Herz wie hochzeitlich Geläut,
Und heiter gleich dem blauen Himmelsbilde
Lacht uns der Zukunft sonniges Gesilde.

Wenn aber düster sich die Wolken ballen
Am unier Los und rauber Sturm in Sicht,
Wenn Nebel unser Lebensschiff umwallen
Und fast das Herz in banger Sorge bricht,
Dann packt der Schmerz erst recht mit scharfen Krallen
Den Jagen, wenn das welsche Frühlingslicht
Mit grellem Sonnenglanz die Augen feuchtet
Und die Natur mit goldner Mut durchleuchtet.

Der Starke nur, der sich im Kampf gestähltet
Wie edles Erz in helfer Herbesglut,
Schaut übers Alltagselend, das uns quälert
Wie kleiner Würmer ekelhafte Brut,
Hinweg zum hohen Ziel, das sich erwähltet
Sein kühner Geist mit siegesfreud'gem Mut,
Und schenkt die Wolken rasch aus seiner Seele,
Dass innerer Glanz dem äußeren sich vermähle.

Nicht wie goldgrüne, sonnbegehrte Auen,
Die sich dem Mai als weicher Teppich breiten,
Ist glatt und hell die Bahn zu überschauen,
Die wir als Kämpfer um die Gleichheit schreiten.
Es illernen Felsen sich, die Nebel brauen
Und eisse Dünste in der Niedrung weiten
Und lauernd sperren den mühsüchtigen Rachen
Der Heuchelei, der Lüge gift'ge Drachen.

Dreist bläht sich auf im Übermut des Brohen
Der Mammon als allmächtiger Despot;
Mit Hunger bändgen will er, die ihm trohen,
In Fesseln zwingen sie durch bittere Not.
Das blanke Gold, von dem die Säcke strohen
Und schwellen ihm wirbt leicht ein Aufschobot
Von feilen Strebern und verkommenen Wichten.
Die schnell er reifig macht, uns zu vernichten.

In keinem Solde kämpfen alle Schergen
Teils offenen Vllieres, teils verummt,
Und um sie wimmelt es von geistigen Zwergen,
Die künstlich und gewaltsam man verummt,
Und hinter diesen wieder steht man beren
Die Kleinmut sich, die Stoßgebete summt.
Wüst sind die Haufen, gallig die Generale,
Toll wie im Zirkus schmettern die Signale.

Den treibt der Haß allein, der blinde grimme,
Den gängelt bloß die blöde Unvernunft
Und mancher, nur daß mit dem Strom er schwimme,
Dem allgewohnten, sucht dort Unterkunft.
Doch alle eint der Fehltrummelte Stimme
Zu einer Waffenbrüderchaft, zur Zunft
Der Finsternis, zum Kampf der Nachtgestalten
Gen Mittag, Sonnenlicht und Lenzgewalten.

Wild schallt der trunkenen Horde Schlachtgeschrei:
Und, wie der Winter nicht dem Frühling weicht
Nach einem Schlag und Schneesturm noch im Mai
Zerstörerisch durchs junge Saatsfeld streicht,
So müssen wir auch manchmal die Vastel,
Die kaum erkämpfte, räumen. Es gereicht
Uns nicht zur Schmach. Wir werden wiederkommen
Und nochmals wird im Sturme sie genommen.

Wir werden fliegen, denn wir müssen fliegen,
Naturnotwendig fliegen mit der Kraft,
Die's Alle stürzt, dem Lenz zu unterliegen,
Den Winter zwingt und aus des Elkes Haft
Die Keime löst und frisches Grün umschmiegen
Die Hecken läßt und aufwärts treibt den Saft
Und Blumen bring und Früchte zur Entfallung:
Die Fortentwicklungskraft der Neugestaltung.

Sind wir auch Sieger einmal nicht geblieben
Im Hin und Her des Tages, ward vernichtet
Auch manche ungeduldige Hoffnung und zerrieben
Zu Staub manch Schloß, aus Wünschen aufgeschichtet —
Das Muß der Weltgeschichte hats geschrieben:
Uns bleibt der Endsieg! Drum den Blick gerichtet
Fest auf das Ziel! Aus Alltagsqual und Not
Schaut freudig in der Zukunft Morgenrot!

Klein wird der Mensch, wenn er, am Kleinen klebend,
Im Kleinen wirkt, ums Kleine ringt und hastet
Und, nie zur Fernsicht seinen Blick erhebend,
Im Kleinkram ganz versinkt, der ihn umlastet.
Heut ist der Tag, wo, aargleich aufwärts schwebend,
Der Kämpfer Geist in reinen Höhen rastet
Und aus der Zukunftsglocken Festgeläute
Begeisterung schlürft und neue Kampfesfreude.

Wie sich Natur, von Sonnenglast umflossen,
Mit jungem Grün in bräutger Lust bekränzt,
So schmückt auch heut das Festkleid die Genossen;
Doch schöner ist's, wenn hell das Auge glänzt
In Siegeszuversicht und fest umschlossen
Das Band der Gleichheit, das kein Zwang ergänzt,
Uns alle hält, zu gleichem Ziele strebend,
In gleichem Los, in gleichem Hoffen lebend.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, den 29. April 1907.

10. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitzung: Febr. v. Stengel, Kracke.
Zunächst wird die Novelle zum Reichsbeamten-
gesetz in Verbindung mit den Entwürfen eines Be-
amten- und Militärhinterbliebenengesetzes
in erster Lesung beraten.

Reichsfinanzsekretär Febr. v. Stengel: Im Interesse
der Besserstellung der Beamten haben wir über die finanziellen
Bedürfnisse hinweggesehen. Wir bitten um wohlwollende
Prüfung der Vorlage.

Die Vorlagen werden nach kurzen Bemerkungen der
Redner der verschiedenen Fraktionen, darunter des Abg. Dr.
Südekum (S.D.) an eine Mitgliedliche Kommission ver-
wiesen.

Hierauf wird die zweite Beratung des Postetats fort-
gesetzt.

Beck-Heidelberg (M.D.) spricht sich für Ausdehnung der
Sonntagsruhe und des Erholungsurlaubes der Beamten, Auf-
besserung der Gehälter, Neuordnung der Wohnungsgeldzu-
schüsse und für vorsichtig-freie Beurteilung der Frage
des Koalitionsrechts der Beamten aus. Das Petitionsrecht
der Beamten darf unter keinen Umständen eingeschränkt wer-
den. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Singer (Soz.): Das Gute lobt sich von selbst und
braucht nicht mit goldenen Lettern in die Annalen der Ge-
schichte eingetragen werden. (Heiterkeit.) Gewiß weist unsere
Postverwaltung auch gute Leistungen auf; aber zu über-
schwenglichen Lobpreisungen liegt kein Anlaß vor. — Mit
unseren Prophezeiungen über das Fiasco der Ortsportober-
höhung haben wir durchaus recht gehabt. Hoffentlich lernt
die Postverwaltung daraus und begreift die wahrlich nicht
schwere Weisheit, daß ein für das Publikum vorteilhafter
Tarif auch der vorteilhafteste Tarif für die Postverwaltung ist.
Durch ihre Zustimmung zu der Portoverhöhung hat die Post-
verwaltung sich in Widerspruch mit feierlichen Versprechungen
gesetzt, die bei der Verstaatlichung der Privatposten abge-
geben hat. Der Vorwurf kann ihr nicht eripart werden, daß
sie gegen Treu und Glauben gehandelt hat. (Sehr richtig!
b. d. Soz.) Man sollte so schnell wie möglich die Maßregeln
rückgängig machen und sich dabei nicht an das Murren der
Agrarier kehren. Diese schwärmen ja bekanntlich für alles,
was die großen Städte und die Industriezentren schädigt.
Die Forderung des Herrn v. Camp, daß die Telegraphenge-
bühren für die Städte erhöht werden, ist nur ein Glied in der Kette
der agrarischen Maßnahmen zur Schädigung von Verkehr und
Industrie. (Sehr richtig! links.) Nun zu den Resolutionen.
Der Zentrumsresolution über die Paketauslieferungen usw.
stimmen wir durchaus zu. Auf das entscheidende aber wen-
den wir uns gegen die Resolutionen auf Gewährung von
Ostmarkenzulagen. Die Zulagen sollen die Beamten zur
Beteiligung an der politischen Mitbestimmung der polnischen
Mitsbürger verleiten. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Der Staats-
sekretär hat die Forderung in diesen Etat aufgenommen;
dafür bringen die Baarungsparteien sie ihm auf dem
Präsidententeller entgegen. Die Freisinnigen wollen die Zu-
lagen allerdings nur unwiderruflich bewilligen. In dieser
Form soll, wie es heißt, die Regierung nicht darauf eingehen
wollen, ein Beweis, daß ihre die Zulagen nur als Korrup-
tionsmittel dienen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Der Reso-
lution Abtag auf einhalbfache Anrechnung des Nacht-
und Sonntagsdienstes stimmen wir zu. Dringend verlangen
wir die Befestigung der gehobenen Stellen. — Die Reso-
lution der Budgetkommission, welche vom Reichskanzler bis
zur dritten Lesung die Zustimmung zu den Gehaltserhöhun-
gen verlangt, hat wenig praktischen Wert. Die Regierung
hat ja noch nicht einmal den Ergänzungsetat über die
Lehrerzulagen eingebracht. Mit dem kolonialen
Ergänzungsetat hat man es eiliger. (Sehr wahr!
bei den Sozialdemokraten.) — Die Klagen über zu lange

Arbeitszeit wollen nicht verklingen. Für den Nachtdienst,
der doch besondere Anstrengungen mit sich führt, wird keine be-
sondere Vergütung gewährt. In Karlsruhe wird die Sonn-
tagsruhe der Gebürtsträger dahin ausgelegt, daß man sie
anderweitig verwenden. (Hört, hört! b. d. Soz.) Mit Recht
wird auch über die übermäßig lange Wartezeit geklagt. Es
gibt Briefträger, die erst nach 18jähriger Dienstzeit angestellt
werden. (Hört, hört! b. d. Soz.) Eine allgemeine Erhö-
hung der Gehälter will man erst im nächsten Jahre vor-
nehmen. Am so auffälliger ist es, daß man gerade die an
sich schon besser gestellten hohen, gehobenen Stellen — über
die Schädlichkeit dieser gehobenen Stellen habe ich schon
oft gesprochen. — schon jetzt mit Zulagen bedenk. Das
muß berechtigte Unzufriedenheit erregen (Sehr wahr! b. d.
Soz.) Dringend notwendig ist die Verbilligung der Post-
boten, deren Bezahlung in Berlin z. B. unter dem ort-
üblichen Tagelohn bleibt. (Hört, hört! b. d. Soz.) Der
Staatssekretär sollte es als Ehrenpflicht ansehen, daß unter
4 Mk. überhaupt kein Arbeiter in der Postverwaltung be-
schäftigt wird. Die Briefmarkenverkäuferinnen müssen von
ihrem 2 Mk. Tagelohn noch etwaige Fehlverträge decken. Erst
nach 6 bis 7 Jahren erhalten diese Damen Zulage. Sehr
im argen liegen die Urlaubsverhältnisse. Von den nicht
erstmäßig angestellten Beamten erhalten 85 Proz. gar
keinen Urlaub und die übrigen nur einen ganz kurzen.
(Hört, hört! b. d. Soziald.) — Die weiblichen Angestellten
werden durchschnittlich mit 20 Pf. pro Stunde honoriert.
(Hört, hört! b. d. Soziald.) Gewiß sind das meist Beamten-
töchter, die bei ihren Eltern leben; aber es ist der Staats-
kasse im höchsten Grade unwürdig, aus diesem Umstand
Vorteil zu ziehen. Werdazu miserabel werden die Tele-
graphenarbeiter bezahlt. — Der Kollege Gameder meinte,
daß die politischen Beeinflussungen auf einzelnen Postämtern
nicht die Billigung des Reichspostamtes hätten. Der Kollege
irrt sich. Das Reichspostamt teilt leider die Wahlbeein-
flussungsneigungen des Reichskanzlers. (Zustimmung b. d.
Soziald.) Von seiner Parteilichkeit hat das Reichspostamt
erst wieder einen eklatanten Beweis gegeben, als es die ver-
ständige Maßregel der Oberpostdirektion Karlsruhe aufhob
und die Errichtung eines besonderen Postbureaus im
Lokale des sozialdemokratischen Parteitag in Mannheim
rückgängig machte. Das steht im flagranten Wider-
spruch zu der sonst befolgten ganz verständigen
Geplagenheit der Post, überall da, wo es sich um große
Menschenansammlungen handelt, bei Ausstellungen z. B.,
fliegende Postämter einzurichten. Die Katholikerversamm-
lung im vorigen Jahre z. B. erhielt ein besonderes Postamt.
(Hört! Hört! b. d. Soz.) Freilich war das vor dem Dezember.
(Sehr gut! b. d. S.) Ob man auch noch dem „antinationa-
len“ Zentrum besondere Postämter gewähren wird, bleibt
abzuwarten. (Heiterkeit.) Es ist die Sache der Postverwal-
tung, sich um die Verkehrsinteressen zu kümmern, nicht aber
sich in die Politik zu mischen und dieser oder jener Partei
Knüttel zwischen die Beine zu werfen. Leider kann der
gegenwärtige Staatssekretär nicht mehr wie früher als ein
objektiver Förderer des Verkehrs angesehen werden. (Sehr
wahr! b. d. S.) — Im Gegensatz zu anderen Parteien buh-
len wir nicht mit schunkelnden Worten um die Beamten-
gunst. Wir haben das nicht nötig. Unsere Laten beweisen,
daß wir uns stets der Beamten annehmen. (Lebhaftes Bravo!
bei den Sozialdemokraten.)

Reichsfinanzsekretär Febr. v. Stengel stellt die Vor-
legung des Ergänzungsetats über die Lehrerzulagen in
allernächster Nähe in Aussicht.

Staatssekretär Kracke: Die Genehmigung zur Er-
richtung eines besonderen Postamtes im Lokale des sozial-
demokratischen Parteitag wurde wegen des bösen Tones,
der dort herrscht (Heiterkeit b. d. Soz.) versagt. Wie kann
man den Postbeamten zumuten, alles anzuhören, was da an
Herunterreißung heftiger Gefühle geleistet wird. (Ernsthaftes
Bravo! rechts, ironisches Bravo! b. d. Soz.) — Was die
Frage der Beamtenverbände anlangt, so muß die Behörde
sich vorbehalten, in jedem einzelnen Falle darüber zu ent-
scheiden, ob die Zugehörigkeit eines Beamten zu einem Ver-
eine angängig ist. Auf keinen Fall kann geduldet werden,

daß ein solcher Verband sich als Nebenregierung aufspielt.
Die „Deutsche Postzeitung“ hat die Wahl Gameder's in
einer Weise gefeiert, die für die Postverwaltung einfach be-
leidigend war. Das kann ich mir nicht gefallen lassen.
(Bravo! rechts.) Es ist nicht wahr, daß die Regierung durch
Einwilligung in die Erhöhung des Ortsportos gegen Treu
und Glauben gehandelt hat. (Abg. Singer: Es ist doch
wahr!) Wir tun alles Mögliche, um den Beamten den
Dienst zu erleichtern. Die Zahl der Geldstrafen geht immer
mehr zurück. Die gehobenen Stellen haben sich durchweg
trefflich bewährt. (Bravo! rechts.)

Lattmann (Wirtsch. Vgg.) beginnt mit dem im Laufe
der Rede 6 bis 8mal wiederholten Versprechen, sich kurz zu
fassen und redet 1 1/2 Stunden vor immer leerer werdendem
Hause über ein Schock Fragen, vom Weltporto bis zur Ost-
markenzulage, die er warm empfiehlt. Seine Ankündigung,
daß er Schluss machen werde, wird von minutenlangem stür-
mischen Bravo begrüßt.

Dr. Chlapowow-Chlapowski warnt den Reichs-
tag, auf den Spuren des preussischen Abgeordnetenhauses
und der preussischen Regierung zu wandeln und mit der Ost-
markenzulage eine Korruptionsprämie zu gewähren. (Beifall
b. d. Polen und Soz.)

Kopisch (Wp.): Auch die Freisinnigen betrachten die
Nichterichtung eines besonderen Postamtes im Lokale des
Mannheimer Parteitag als eine kleinliche Maßregel. (Beif-
links.) Verkehrs- und nicht politische Interessen müssen für
die Postverwaltung ausschlaggebend sein. Das häufig mis-
brauchte reichsrechtliche Privileg der Portofreiheit müßte be-
seitigt werden. Das Ortsporto sollte so schnell als möglich
wieder herabgesetzt werden. Die Ostmarkenzulage lehnen wir
fordauernd ab. Wir wünschen, daß der Postdienst um
8 Uhr abends zu Ende ist. — Redner begründet die frei-
sinnige Resolution, welche Schaffung besonderer Kategorien
von Unterbeamten fordert, denen gewisse, bisher von den
mittleren Beamten vorgenommene Obliegenheiten über-
tragen werden sollen. Damit werden die gehobenen Unter-
beamtenstellen von selbst wegfallen. — Möge der Staats-
sekretär fortfahren, sich das Vertrauen der Beamten zu er-
werben. (Bravo! b. d. Freis.)

Staatssekretär Kracke verbreitet sich über Vorzüge
der deutschen Post vor anderen Posten und warnt vor der
Annahme der Resolution Kblatz betr. Verbesserung der Ge-
halts- und Anwartschaftsverhältnisse unter Hinweis auf ihre
bedenkliche finanzielle Tragweite.

Vizepräsident Kämpf: Der Abg. Dr. v. Chlapowitsch
hat vorher die Polenpolitik der preussischen Regierung als
unwürdige und gemeine Ausrottungspolitik bezeichnet. (Lebh.
Sehr richtig! b. d. Polen und den Soz.) Ich rufe ihn
dafür zur Ordnung. (Beifall b. d. Konf., Ant. und Natl.)

Hierauf verlegt sich das Haus auf Dienstag 1 Uhr.
(Etat des Reichskanzlers und des Auswärtigen Amtes, dann
Fortsetzung des Postetats.
Schluß 7 1/2 Uhr.)

Versammlung der Bürgerschaft.

P. L. Lübeck, den 29. April 1907.

Der Wortführer Dr. Gütz eröffnet die Sitzung um
6 Uhr 20 Min. und teilt mit, daß ein Antrag Bruns ein-
gegangen ist, nach welchem der Senat um Auskunft darüber
ersucht wird, was er zu tun gedenkt, um die Beschäftigung
von Frauen an Staatsbauten zu verhindern. Weiter macht
der Wortführer bekannt, daß vom Mai ab die Bürgerschafts-
versammlungen wieder morgens stattfinden.

Der Senatskommissar machte Mitteilung davon, daß der
Senat den Antrag der Bürgerschaft auf Errichtung eines
Krematoriums den zuständigen Behörden zur Prüfung und
Berichterstattung überwiesen hat. (Bravo.)

Der erste Senatsantrag betrifft die Quittierung
des Stadtkassenverwalters für seine Ge-
schäftsführung im Rechnungsjahr 1906.
Der Antrag wird angenommen.

Der zweite Senatsantrag verlangt die Bewilligung einer Altersunterstützung an den Leiden-destatter Erbsold.

Bruno beantragt, daß der im Senatsantrag enthaltene Passus, welcher vorsieht, daß Friedrich von der Altersunterstützung etwaige Renten abgezogen werden sollen, gestrichelt wird. Redner hält es für ungerechtfertigt, daß einem Manne Beiträge angerechnet werden sollen, die er sich durch eigene Beitragsleistungen erworben hat.

Senator Dr. Eichenburg: Ich möchte nur bemerken, daß Friedrich selbst damit einverstanden ist und seinen Dank dafür ausgesprochen hat.

Dobberstein kann den Standpunkt Bruno nicht verstehen. In der Ortskrankenkasse, die sehr gut fundiert ist, haben die Sozialdemokraten einen Antrag, der die Vermögensberichtigung der Beamten verlangt, abgelehnt; in der Praxis verlangen also die Sozialdemokraten.

Wissell: Herr Dobberstein hat über die Beratungen der Generalversammlung der Ortskrankenkasse nicht richtig referiert. Er hat nicht erwähnt, welche Gesichtspunkte die Vertreter bei ihrer Abstimmung geleitet haben. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Debe- und Meldestelle der Pauschalversicherungsanstalt aus der Ortskrankenkasse genommen wird und dadurch zahlreiche Angestellte überflüssig werden. Wenn Dobberstein gesagt hat, die Sozialdemokraten hätten verlangt, so mache ich darauf aufmerksam, daß auch die Arbeitgeber gegen den Antrag gestimmt haben, und die will er doch wohl nicht als Sozialdemokraten bezeichnen. Möglicherweise ist den unteren Beamten in der letzten Versammlung eine Gehaltszulage von 200 Mk. von den Sozialdemokraten bewilligt worden, während Herr Dobberstein bei seinen Ausführungen von einem Arbeitgeber zugerufen wurde: „Holt Müll!“

Der Senatsantrag wird darauf angenommen; der Antrag Bruno abgelehnt.

Nunmehr gelangt zur Beratung die Senatsvorlage betr. Abänderung der Artikel 20 und 22 der Verfassung, sowie der Artikel 1 und 3 des Gesetzes vom 15. Dezember 1902, das Lübeckische Staatsbürgerrecht betreffend. Artikel 20 und 22 sollen künftig lauten: Artikel 20. Zur Teilnahme an der Wahl der Vertreter ist jeder Bürger des Lübeckischen Freistaates (Artikel 3) berechtigt, der das 25. Lebensjahr vollendet, seit dem 1. April des vierten dem Jahre der Wahl vorangehenden Jahres dauernd seinen Wohnsitz im Lübeckischen Staatsgebiete gehabt und während dieser Zeit alljährlich entweder seine Einkommensteuer voll entrichtet oder doch so viel an Einkommensteuer gezahlt hat, als er für ein Einkommen von über 600 Mk., nicht aber mehr als 700 Mk., unter Nichtberücksichtigung etwaigen steuerfreien Einkommens gesetzlich zu zahlen gehabt hätte. Im Jahre der Wahl muß der Vorauszahlung der Einkommensteuerzahlung für die Zeit bis zum 30. September entprochen sein. Bei außerordentlichen Ergänzungswahlen tritt an die Stelle dieses Tages der letzte Tag des im Zeitpunkt der Bestimmung des Wahltages durch den Bürgerausschuß festgestellten Kalendervierteljahres. Das Recht der Lübeckischen Ehrenbürger und des Gutsbesizers des Gesamtgutes Weissenrode, an der Wahl teilzunehmen, ist durch die Zahlung von Einkommensteuer nicht bedingt. Artikel 22. Die Wahlen zur Bürgererschaft werden in Abteilungen der Wähler vollzogen. Es werden folgende Abteilungen gebildet: a. Stadt und Vorstädte. Abteilung I. Sie umfaßt diejenigen Bürger, welche in den letzten drei Steuerjahren vor der Wahl entweder ein Einkommen von durchschnittlich mehr als 2000 Mk. versteuert oder doch mindestens soviel an Einkommensteuer gezahlt haben, als sie für ein jährliches Einkommen von über 2000 Mk., aber nicht mehr als 2100 Mk., unter Nichtberücksichtigung etwaigen steuerfreien Einkommens gesetzlich zu zahlen gehabt hätten, sowie die Lübeckischen Ehrenbürger und den Gutsbesizer des Gesamtgutes Weissenrode. Es werden gewählt 90 Vertreter. Abteilung II. Sie umfaßt alle übrigen wahlberechtigten Bürger. Es werden gewählt 22 Vertreter. b. Städtchen Travemünde und Landgebiet Abteilung III. Sie umfaßt diejenigen Bürger, welche einen Landbesitz im Umfange von mindestens 3 ha für eigene Rechnung bewirtschaften oder in den letzten drei Steuerjahren vor der Wahl entweder ein Einkommen von durchschnittlich mehr als 2000 Mk. versteuert oder doch mindestens soviel an Einkommensteuer gezahlt haben, als sie für ein jährliches Einkommen von über 2000 Mk., aber nicht mehr als 2100 Mk., unter Nichtberücksichtigung etwaigen steuerfreien Einkommens gesetzlich zu zahlen gehabt hätten, sowie die Lübeckischen Ehrenbürger und den Gutsbesizer des Gesamtgutes Weissenrode. Es werden gewählt 15 Vertreter. Abteilung IV. Sie umfaßt alle übrigen wahlberechtigten Bürger. Es werden gewählt 9 Vertreter. Der Artikel 1 des Gesetzes vom 15. Dezember 1902 soll folgende Fassung erhalten: Jeder volljährige oder für volljährig erklärte männliche Angehörige des Lübeckischen Freistaates, welcher seit mindestens fünf aufeinander folgenden Jahren seinen Wohnsitz im Lübeckischen Staatsgebiete hat und während dieser Zeit alljährlich entweder seine Einkommensteuer voll entrichtet oder doch so viel an Einkommensteuer gezahlt hat, als er für ein Einkommen von über 600 Mk., aber nicht mehr als 700 Mk., unter Nichtberücksichtigung etwaigen steuerfreien Einkommens gesetzlich zu zahlen gehabt hätte, ist, sofern und solange ihm nicht die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter oder die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt sind oder er unter Polizeiaufsicht gestellt ist, berechtigt, gegen Erfüllung der gesetzlichen Bedingungen (Artikel 3 und 4) die Erteilung des Lübeckischen Staatsbürgerrechts zu begehren. Der Gutsbesitzer des Gesamtgutes Weissenrode kann auch ohne Zahlung von Einkommensteuer die Erteilung des Staatsbürgerrechts fordern. Beamte im Sinne des Gesetzes vom 29. April 1899, die Rechtsverhältnisse der Beamten betreffend, sowie Notare sind verpflichtet, binnen drei Monaten nach ihrer Anstellung bezw. Ernennung das Staatsbürgerrecht zu erwerben. Artikel 3. Wer die Erteilung des Lübeckischen Staatsbürgerrechts begehrt, hat bei der Aufnahmebehörde (Artikel 7) nachzuweisen: 1. daß er die Lübeckische Staatsangehörigkeit besitzt, 2. daß er volljährig oder für volljährig erklärt ist, 3. daß er seit mindestens fünf aufeinanderfolgenden Jahren seinen Wohnsitz im Lübeckischen Staatsgebiete hat, 4. daß er in dem durch Artikel 1 vorgezeichneten Umfange Einkommensteuer gezahlt hat. Der Nachweis zu 4 liegt dem Gutsbesitzer von Weissenrode, der zu 3 und 4 den Beamten und den Notaren nicht ob (vergl. Artikel 2, Absatz 2). Der Antrag von Aug. Pape steht mit zur Beratung: Die Bürgererschaft ersucht den Senat, ihr eine Vorlage entgegen zu bringen, wonach denjenigen Bürgern, welche das Bürgerrecht mit 28 Mk. erworben haben, das Wahlrecht in Abteilung 1 bezw. 2 eingeräumt werde.

Brecht stellt einen Abänderungsantrag, mit dem der Senat sich einverstanden erklärt.

Hübsam bemängelt die Fassung des Senatsantrages.

Senator Dr. Eichenburg sucht dieselbe zu rechtfertigen und bemerkt, daß es sich nur um nebensächliche Änderungen handle.

Buchwald beantragt Kommissionsberatung.

Senator Dr. Kleinmann: Der Senat hat gegen eine nochmalige Kommissionsberatung nichts einzuwenden. Der

Antrag Brecht empfiehlt sich, weil nach demselben eine Änderung der Verfassung im Falle einer Änderung des Einkommensteuergesetzes nicht notwendig sei.

Wissell tritt gleichfalls für Kommissionsberatung ein, da die Vorlage sehr mangelhaft sei. Man könne damit auch zugleich die Beratung des Antrages Pape verbinden, den er für durchaus gerechtfertigt halte. Redner geht dann auf die Frage der Armenunterstützung ein. In einer Jahresversammlung des Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit, der Senator Schön bewohnte, wurden Thesen angenommen, die der Entscheidung des Bürgerausschusses diametral entgegenstehen. Dabei geht die Lübecker Armenanstalt und die Pauschalversicherungsanstalt dem Verein für Armenpflege und Wohltätigkeit als Mitglied an. Es sei notwendig, daß in der Kommission der Begriff Armenunterstützung festgelegt werde.

A. Pape hält den Senatsantrag für schwer verständlich und unklar in der Form. Er protestiert sodann dagegen, als ob er seinen Antrag, wie das in der Vorversammlung gesagt worden sei, nur gestellt habe, um Reden zum Fenster hinaus zu halten. Er sei stets für die Rechte des Volkes eingetreten. Im Zentralwahlkomitee der bürgerlichen Parteien würde sein Antrag sicherlich angenommen; in der Bürgererschaft erscheine das jedoch sehr zweifelhaft. Redner tritt für Kommissionsberatung ein.

Brecht spricht für seinen Antrag. Man solle nicht Gesetze machen, die sich auf andere Gesetze beziehen, weil dann die Änderung des einen Gesetzes die des anderen zur Folge haben müßte.

Buchwald tritt nochmals für seinen Antrag auf Kommissionsberatung ein.

Klein erklärt sich für den Antrag Pape.

Dr. Ziehl hält den Senatsantrag für schwer verständlich. Im Laufe seiner weiteren Ausführungen sucht er sodann die Entscheidung des Bürgerausschusses über den Begriff Armenunterstützung zu rechtfertigen und beruft sich dabei auf Senator Dr. Stoß, der die Auffassung des Bürgerausschusses teile.

Wissell tritt nochmals für seine Auffassung ein, daß die Entscheidung des Bürgerausschusses bezüglich der Armenunterstützung verkehrt war. Er habe das ganze Material der Reichstagsbibliothek zur Verfügung gehabt; aus demselben gehe die Richtigkeit des von ihm Gesagten hervor, während der Bürgerausschuß auch nicht einen einzigen Kommentar anführen könne, der in seinem Sinne laute.

Jenne tritt für die Kommissionsberatung ein, da sich keine zehn Mitglieder in der Bürgererschaft befinden, die beispielsweise den Antrag Brecht wiederholen könnten. Allerdings sei es verkehrt, auch die Anträge Wissell und Pape mit in die Kommissionsberatung hineinzuziehen.

A. Pape ist demgegenüber der Ansicht, daß es sehr wohl möglich sei, seinen Antrag der Kommission zu überweisen.

Senator Dr. Eichenburg meint, daß die Anträge Wissell und Pape dem Bürgerausschuß überwiesen werden müssen, da sie selbständiger Natur seien.

Dr. Wenda: Der Antrag Wissell greift in die verfassungsmäßigen Befugnisse des Bürgerausschusses ein und kann deshalb nicht an die Kommission überwiesen werden. Der Bürgerausschuß entscheidet nach seiner jeweiligen Zusammenlegung. In der Sache selbst teile ich die Auffassung Wissells.

Wissell: Die Kommission soll über die von mir angeregte Frage nicht entscheiden, sondern dieselbe nur prüfen und das Resultat ihrer Prüfung vorlegen. Deshalb kann mein Antrag sicherlich angenommen werden.

Nach weiterer Debatte wird der Antrag auf Kommissionsberatung angenommen. Damit ist auch der Antrag Pape der Kommission überwiesen.

Der Antrag Wissell, der vom Antragsteller den Thesen, welche in der Versammlung der Vereine für Wohltätigkeit und Armenpflege angenommen wurden, angepaßt ist, soll am Schluß zur Abstimmung kommen, da er als selbständiger Antrag gilt.

In die siebenköpfige Kommission wurden gewählt Dr. Wenda, Brecht, Buchwald, Dr. Groß, Klein, A. Pape, Dr. Ziehl; Ergänzungsmänner: Wissell, Mühlmann, Dr. von Kroeten.

Der vierte Senatsantrag betrifft den Grunderwerb für eine Gleisverbindung zwischen dem neuen Rangierbahnhof und dem Kanalhafen südlich der Moislinger Chaussee.

Dr. Wichmann fragt an, zu welchem Zeitpunkt die äußere Ruppenbrücke fertiggestellt werde.

Senator Dr. Eichenburg kann keine sichere Auskunft darüber geben.

Mechts hält die Beleuchtung der äußeren Postenbrücke für unzureichend.

Senator Straß: Die Beleuchtung der Ruppenbrücke wird zunächst eine provisorische sein; man wird jedoch später für eine gute Beleuchtung sorgen.

Dr. Wichmann wiederholt nochmals seine Anfrage, da die ihm vom ständigen Senatskommissar gewordene Antwort nicht beruhigend wirke.

Senator Straß: Es wird selbstverständlich für eine Beschleunigung des Brückenbaues gesorgt werden; den genauen Termin der Fertigstellung kann ich nicht angeben, doch wird dieselbe früher als die des neuen Bahnhofes erfolgen.

Der Senatsantrag gelangt zur Annahme; ebenso der Senatsantrag betr. Erwerb eines Arealis von dem Grundstück An der Untertiefe Nr. 22.

An eine fünfköpfige Kommission verwiesen wurde das Senatsbegehren betreffend Herstellung einer Entwässerung in der Ernststraße, Rabenstrasse und dem Grünen Weg.

Nunmehr steht zur Beratung ein Antrag von Thiele: Die Bürgererschaft ersucht den Senat, in Berücksichtigung der verteuerten Lebensunterhaltung den Tagelohn der in Staats- und Stadtbetrieben beschäftigten Arbeiter entsprechend zu erhöhen.

Thiele: Die den städtischen Arbeitern gezahlten Löhne sind zum Teil sehr niedrig; so beträgt der ordentliche Tagelohn nur 2,90 Mk. Damit kommen keine Arbeiterfamilien aus. Es wäre bedauerlich, wenn es hier auf der Gasanstalt oder in einem anderen städtischen Betriebe einmal zu einem Ausstand käme. Redner wünscht, daß den Stelarbeitern Entzünge geliefert werden und bittet um Annahme seines Antrages.

Senator Dr. Eichenburg ersucht um Ablehnung des Antrages, dessen Konsequenzen nicht zu übersehen seien und der in den Arbeiter Hoffnungen wecke, die sich nachher vielleicht nicht erfüllen. Einzelne Behörden haben übrigens vor nicht langer Zeit den Lohn ihrer Arbeiter erhöht.

Wissell tritt für den Antrag Thiele ein. Nach den Ausführungen des Senatskommissars müßten auch die Anträge auf Erhöhung der Beamtengehälter abgelehnt werden, da sie doch ebenfalls bei den Beamten Hoffnungen erwecken.

Nach weiterer unwesentlicher Debatte wird der Antrag Thiele abgelehnt.

Der nächste Gegenstand der Beratung ist ein Antrag von Lauenstein: Die Bürgererschaft wolle beschließen, daß

den ländlichen Vertretern für den Besuch der Abendkassen der Bürgererschaft die durch die Übernachtung in Lübeck entstehenden Ankosten mit 8 Mk. für jede Sitzung vergütet wird.

Lauenstein erklärt, daß die ländlichen Bürgerchaftsmitglieder mit 6 Mk. nicht mehr auskommen können, und daß sei eine Erhöhung auf 8 Mk. angezeigt.

Legtmeyer, Moisling und A. Pape sprechen sich gegen den Antrag Lauenstein aus. Pöppner-Krumbeck, Lauenstein, Frisch-Darmstadt treten für den Antrag ein. Nachdem noch mehrere Redner sich geäußert haben, wird der Antrag Lauenstein an eine dreigliedrige Kommission verwiesen.

Nunmehr gelangt zur Beratung der Antrag Wissell, der besagt: Die Bürgererschaft ersucht den Senat, ihr baldigst eine Vorlage entgegenzubringen, nach der 1. eine Fürsorgestelle für Tuberkulose und Lungentranke, 2. eine Wald-erholungsstätte errichtet wird, und dadurch den auf diesen beiden Erkrankten möglichst Heilung zu bringen und der weiteren Ausbreitung der Krankheit Einhalt zu tun.

Wissell: Was ich hier beantrage, ist nichts Neues, auch in Lübeck haben sich bereits bürgerliche Vereinigungen damit befaßt. Die Bekämpfung der Volksleiden ist ein Gebot, auf dem wir uns alle ohne Unterschied der politischen Richtung zusammenschließen können. Die Schaffung des Wohnumfluges beweist, daß man die Notwendigkeit der sozialhygienischen Bestrebungen anerkennt. Die Gesundheit eines Menschen geht nicht nur die einzelne Person an, sondern sie liegt im Gesamtinteresse. Die Lungentuberkulose ist eine Volksleide, der alljährlich zahlreiche Menschenleben zum Opfer fallen, obwohl schon mancherlei zu ihrer Bekämpfung getan worden ist. Nach den Angaben des hiesigen statistischen Amtes sind im Durchschnitt der letzten zehn Jahre 10 Prozent aller Todesfälle auf Lungentuberkulose zurückzuführen. Damit weist Lübeck noch nicht einmal den größten Prozentsatz mit auf. Unter solchen Umständen ist es dringend notwendig, Einrichtungen zu schaffen, welche die Verbreitung der Volksleiden verhindern. Zwar haben die Versicherungsanstalten bereits Heilstätten geschaffen, doch finden in denselben nur Kranke Aufnahme, welche gewisse Vorbedingungen erfüllen. Kranke, die nach Ansicht der Ärzte nicht mehr zu heilen sind, werden nicht verschickt und bilden eine ständige Gefahr für ihre Umgebung. Da sei die Schaffung von Fürsorgestellen und Wald-erholungsstätten angezeigt. Gerade in Lübeck sind die notwendigen Vorbedingungen in der waldreichen Umgebung gegeben. Allerdings dürfte die Unterbringung von Kranken in diesen Anstalten nicht als Armenunterstützung gelten, denn dann würde der beabsichtigte Zweck nicht erreicht werden. Nun wird eingemendet werden, daß durch die von mir gewünschten Fürsorgestellen dem Staate erhebliche Kosten erwachsen. Das ist richtig. Diese würden sich jedoch durch Ersparnisse auf anderen Gebieten verringern lassen; auch könnten Krankenkassen und die Versicherungsanstalt Beiträge leisten. In Deutschland gibt es bereits 50 Städte, die auf dem Gebiete der Tuberkulosebekämpfung vorangegangen sind; hoffentlich folgt Lübeck bald. Redner ersucht um Bewilligung seines Antrages an den Bürgerausschuß.

Thiele hält es für richtiger, daß der Naturverein, der bereits eine Wald-erholungsstätte in Karlsdorf besitzt, vom Staate unterstützt werde; dadurch würde der Staat Geld sparen.

Dektor betont, daß es sich hier nicht um eine neue Anregung handelt, sondern daß sich, wie ja auch Herr Wissell gesagt habe, bereits private Vereine mit der Frage befaßt haben. Nach seiner Kenntnis beschäftigen sich gegenwärtig die Zentralarmendeputation mit der Sache.

Senator Dr. Eichenburg hält die von Wissell angeregte Frage ebenfalls für wichtig, doch meint er, sei es nicht notwendig, den Staat dafür in Anspruch zu nehmen, sondern hier müsse auch von privater Vereinsseite etwas geschehen.

Wissell: Ich bin durchaus nicht dagegen, daß die Vereine für Volksgesundheitspflege mitwirken an der Bekämpfung der Tuberkulose. Doch ist ihre Tätigkeit allein nicht ausreichend und deshalb muß der Staat helfen.

Senator Dr. Eichenburg hebt hervor, daß die Tuberkulosefürsorge nicht als Armenunterstützung anzusehen sei.

A. Pape und Dr. Ziehl meinen, daß durch den Antrag Wissell die Bürgererschaft sich festlege, was nicht wünschenswert sei.

Dr. Wenda befürwortet die Bewilligung des Antrages Wissell an den Bürgerausschuß.

Der Antrag Wissell wird darauf an den Bürgerausschuß verwiesen.

Nunmehr steht zur Beratung folgender Antrag Wissell: a. Die Bürgererschaft ersucht den Senat, ihr baldmöglichst eine Vorlage entgegenzubringen, die 1. eine Fürsorgestelle für Mütter und Säuglinge, 2. die Errichtung von Milchstellen zur Bereitung von Säuglingsmilch, 3. Stillprämissen an Mütter und Hebammen vorsieht, um dadurch der großen Säuglingssterblichkeit vorzubeugen. b. eventuell: Die Bürgererschaft ersucht den Senat, mit ihr in gemeinsamer Kommission über Maßregeln zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit zu beraten.

Wissell: In Bezug auf die Säuglingssterblichkeit steht Lübeck ungünstiger als unsere Schwesterstädte Hamburg und Bremen, wie aus der Statistik hervorgeht. Fast 40 Prozent aller Todesfälle bei Kindern im ersten Lebensjahre sind auf Darm- und Magenkrankungen zurückzuführen. Um diese Sterblichkeit zu verringern sei die Aufklärung der Mütter und Ziehmütter, die Gewährung guter Milch und die Verabfolgung von Stillprämissen wünschenswert. Zwar gibt bereits die Armenanstalt Stärkungsmittel für Säuglinge zum Selbstkostenpreise ab, doch sei es noch besser, vorbeugend zu wirken. Redner bittet seinen ersten Antrag dem Bürgerausschuß zu überweisen; erscheine jedoch dieses der Bürgererschaft als zu weitgehend, so ersuche er mindestens um die Annahme seines Eventualantrages.

Der Antrag Wissell wird an den Bürgerausschuß verwiesen, ebenso der Antrag Wissell auf Prüfung des Begriffs Armenunterstützung.

Nunmehr gelangt zur Beratung die Anfrage von Bruno betr. die Arbeit von Frauen am Theaterneubau.

Bruno: Bei der Veranschlagung der Kosten für den Theaterneubau sind sicherlich die hierorts üblichen Löhne zugrunde gelegt worden. Jetzt werden jedoch von auswärtigen Frauen herangezogen, die den hiesigen Arbeitern Konkurrenz machen und den Unternehmern einen Extra-Profit verschaffen. Erdarbeiten sind keine Beschäftigung für Frauen und bringen denselben gesundheitliche Nachteile. Deshalb möchte ich an den Senat die Anfrage gerichtet wissen, was er hiergegen zu tun gedenkt.

Die Bürgererschaft lehnte es ab, die von Bruno gewünschte Anfrage an den Senat zu richten.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Schluß der Sitzung gegen 10 Uhr.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schmarh. Druck: Friedr. Meyer u. Co., sämtlich in Lübeck.

Extra billiger Pfingst-Verkauf

grosser Posten Schuhwaren zu herabgesetzten Preisen!

Der Verkauf dauert nur während der Zeit vom Mittwoch, den 1. Mai bis Sonnabend, den 11. Mai.

Man beachte folgende ermässigte Preise:

Herren-Schnür-Stiefel, kräftiges Wachsleder **450** Mk.
Herr.-Schnür- u. Schnallen-Stiefel echt Boxhorse, äusserst preiswert **765** Mk.
Herren-Schnürstiefel, braun Ziegenleder, elegante Promenadenstiefel **765** Mk.
Herren-Schnürstiefel, echt Boxkalf, unerreicht in dieser Preislage **865** Mk.
Herren-Schnürstiefel, braun Chevreauhorse, moderne Paßform **965** Mk.
Herren-Schnürschuhe aus dauerhaftem Wachsleder **420** Mk.
Herren-Segeltuchschürschuhen mit Ledergarnitur, bequem und praktisch **250** Mk.
Damen-Schnürstiefel, vorzügliches Wachsleder, solide Ausführung **480** Mk.

Damen-Schnürstiefel, rot Ziegenleder, äusserst preiswert **490** Mk.
Damen-Schnürstiefel, echt braun Ziegenleder, chic Form **565** Mk.
Damen-Schnürstiefel, fein Boxhorse, beliebte Marke **590** Mk.
Damen-Schnürstiefel mit Lackzierkappe, elegante Promenadenstiefel **590** Mk.
Damen-Schnürstiefel, echt Boxkalf, konkurrenzlos **690** Mk.
Damen-Schnürstiefel, braun Chevreauhorse, hochelegante Sommerstiefel **890** Mk.
Damen-Stoffschürstiefel mit Ledergarnitur, leicht und angenehm **285** Mk.
Damen-Lederspangenschuhe, schwarz und farbig, anerkannt dauerhaft **295** Mk.
Damen-Segeltuch-Schnürschuhen, schwarz und braun, mit Ledergarnitur **190** Mk.

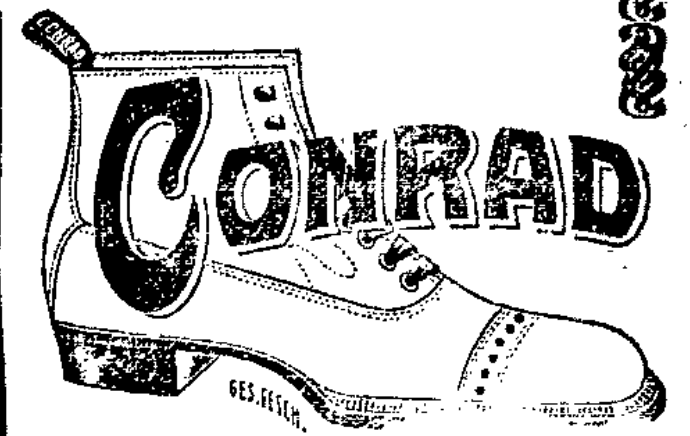
Damen-Lasting-Hausschuhe mit Lackspitze **165** Mk.
Knaben- und Mädchen-Schnürstiefel, fein Boxhorse, bewährte Schultstiefel.
 25-26 27-28 29-30 31-30 34-35
3.90 Mk. **4.20** Mk. **4.50** Mk. **4.90** Mk. **5.30** Mk.
Knab.- u. Mädch.-Schnür- u. Knopfstief. aus dauerhaftem Leder
 25-26 27-30 31-35
2.75 Mk. **3.25** Mk. **3.75** Mk.
Knab.- u. Mädch.-Segeltuchschürsch. in Ledergarn. 25-26 **1.20**, 27-30 **1.40**, 31-35 **1.60** Mk.
Mädchen-Plüsch-Hausschuhe mit Ledersp. u. Ledersohlen 25-29 **80** Pfg., 30-35 **1.00** Mk.
Kinder-Knopf- und Schnürstiefel, 135 schwarz und farbig Leder, Größe 17-22 **1** Mk.

Farbige Schuhe u. Stiefel
 in saisongemässer Auswahl.

Unsere Spezialität,
Original Goodyear- Welt- Fabrikate **12** Mk.
 das Allerfeinste für Herren und Damen von **12** au.

Conrad Tack & Co. Burg b. Magd.

Älteste u. bedeutendste Schuhwaren-Fabrik Deutschlands, welche ausschliesslich eigene Geschäfte unterhält



Verkaufsgeschäft: Lübeck, Breitestrasse 47.

Achtung! Brauereiarbeiter!

Abmarsch zur Maifeier am Mittwoch den 1. Mai, mittags präz. 1 1/4 Uhr vom Vereinshaus.
 Um zahlreiche Beteiligung ersucht
 Der Vorstand.

Achtung Kauflempner!

Die Maifeierkontrolle findet statt am 1. Mai, morgens 1/2 9 Uhr, beim Kollegen Eggers, Stavenstraße 33.
 Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiterverband

(Verwaltungsstelle Lübeck)
 Abmarsch zum Maiausflug Mittwoch mittag 1 1/2 Uhr vom Vereinshaus.
 Die Kollegen werden ersucht, vollzählig zu erscheinen.
 Die Ortsverwaltung.

Achtung, Schneider!

Mittwoch, den 1. Mai, morgens 8 1/2 Uhr:
Versammlung
 Die Kollegen werden ersucht, vollzählig und pünktlich zu erscheinen.

Holzarbeiter-Verband

(Sachstelle Lübeck)
 Abmarsch zur Maifeier am Mittwoch mittag 1 1/2 Uhr von Schröder, Lederstr.
 Um zahlreiche Beteiligung ersucht
 Die Ortsverwaltung.

Lokal-Verband der Hafnarbeiter Lübecks.

Abmarsch zur Maifeier mittags 1 1/2 Uhr vom Vereinshaus.
 Der Vorstand.

Neu-Lauerhof.

Zur Maifeier.

Großes Garten-Konzert

Im Saal: Großes Tanzkränzchen.

Freier Eintritt.

Freier Eintritt.

Großherzog von Mecklenburg

große Burgstraße 11.
Zur Maifeier

empfehle ich mein ff. **Hansa-Bier** sowie warme und kalte **Küche** in bekannter Güte.
Chr. Wien.

Achtung Maurer!

laut Beschluß der Versammlung haben sich sämtliche Kollegen am 1. Mai morgens zwischen 8 und 9 Uhr im Vereinshaus, Johannisstraße 46-52 (zweiter Eingang), zur Kontrolle zu melden.
 Mitgliedsbücher sind vorzuzeigen.
 Wer nicht erscheint, wird in der nächsten Versammlung verlesen.
 Der Vorstand.

Achtung! Hafnarbeiter (zentral).

Abmarsch zur Maifeier vom Vereinshaus präzise 1 1/4 Uhr.
 Um zahlreiche Beteiligung ersucht
 Der Vorstand.

Maschinisten u. Heizer!

Abmarsch zur Maifeier am Mittwoch mittag 1 Uhr vom Vereinslokal, Böttcherstraße 18.
 Der Vorstand.

Achtung! Steinseher u. Berufsg.

Abmarsch zur Maifeier am Mittwoch mittag 1 1/2 Uhr von Eggers, Stavenstr. 33.
 Der Vorstand.

Achtung, Arbeiter-Radfahrer!

Der Radfahrer-Verein Herrnhurg feiert am Sonntag den 5. Mai sein 1. Stiftungsfest verbunden mit Korsofahren, Reigenfahren und Herren-Preisschießen mit nachfolgendem Ball, wozu wir die umliegenden Brudervereine und freundlichen Gönner besonders einladen.
 Anfang 4 Uhr. Das Komitee.



Arbeiter-Radfahrer-Verein LÜBECK.
 Gegründet 1894.
Versammlung
 am Donnerstag, 2. Mai, abends 8 1/2 Uhr präzise im Vereinshaus, Johannisstraße 46-52.
 Der Vorstand.

NB. Abfahrt zur Maifeier präzise 1 1/2 Uhr vom Vereinshaus.
 D. D.

Hansa-Theater

Heute Dienstag, den 30. April
Abschieds-Gastspiel
 des Berliner **Apollo-Ensembles**
 mit seinen aufs glänzendste ausgestatteten Operetten von Paul Linke.
Frau Luna
 Gr. Ausstattung-Burlesque in 5 Bildern von Volten-Bäckers.
 1. Bild: In der Dachtube.
 2. " Die Fahrt auf dem Luftballon.
 3. " Auf dem Monde.
 4. " Im Reich der Sterne.
 5. " Apotheose.
 Im 4. Bilde:
Großes Sternen-Ballet.
 arrangiert vom Balletmeister G. Ceruti.
 60 Mitwirkende - 30 Balletdamen.
 Vorverkauf hierfür nur bei Egger.

Alle Kunden ohne Anzahlung.
S. Sachs, Huxstraße 41.

Zur Maifeier Anzüge und Paletots

sowie
Damen - Jacketts,
Kostüm - Röcke,
Blusen etc. etc.
mit Wochenraten
von
1 Mark
an

Kredit

auf
Möbel,
Teppiche,
Gardinen,
Portièren,
Läuferstoffe,
Tischdecken.

Einziges
großstädtisches
Möbel- u. Waren-
Kredit-Haus.
S. Sachs
Huxstr. 41.

Größt. Möbel- u. Waren-Kredithaus v.
S. Sachs, Huxstraße 41.

Zum Dienstboten-Wechsel

empfehlen wir in großer Auswahl zu bekannt billigen Preisen

Neue Wasch-Kleiderstoffe
Meter 38, 50, 60, 75, 85 bis 1.00 Mk.
Abselsschürzen, Teelsschürzen
30, 45, 60, 75, 95, 1.20 bis 2.40 Mk.
Unterröcke in Velour u. Tuch
85, 1.00, 1.20, 1.50, 2.00, 2.70 b. 8.00 Mk.
Korsetts in allen Weiten
75, 1.00, 1.50, 1.90 bis 3.60 Mark.
Modjackets bunt und weiß
90, 1.00, 1.30, 1.50, 1.80 bis 2.40 Mark.
Damen-Hemden und -Hosen
80, 1.00, 1.25, 1.45, 1.70 bis 2.60 Mark.
Damen-Blusen
90, 1.20, 1.50, 1.80, 2.00 bis 7.75 Mark.
Damen-Jacketts
3.00, 4.50, 6.00, 7.75, 9.00 bis 19.00 Mk.

Arbeits-Hosen
1.40, 1.80, 2.00, 2.40, 2.90 bis 5.00 Mk.
Arbeits-Joppen
1.00, 1.50, 2.00, 2.70, 3.50 bis 6.00 Mk.
Ein Posten Herren-Anzüge
10.50 15.00 18.00 21.00 27.00 b. 42.00 Mk.
Ein Posten Sommer-Paletots
12.00, 16.00, 19.00, 23.00 bis 27.00 Mk.
Ein Posten Burschen-Anzüge
7.00, 9.00, 11.50, 14.00, 17.00 b. 21.00 Mk.
Alle besseren Anzüge u. Paletots
sind auf Kofshaar gearbeitet.
Hüte und Mützen
in allen Preislagen.
Hausdiener-Jacken u. Schürzen
Wäsche, Kravatten Hosenträger.

Besonders aufmerksam machen wir noch auf unsere

Betten-Abteilung.

Federn Pfg. 45, 60, 75 Pfg. 1⁰⁰ 1⁵⁰ 1⁷⁰ 2⁰⁰ 2⁶⁰ bis 4 Mk.
neue Hauptpreise Qualitäten.

Zulett Mk. 38, 50, 60, 75 Pfg. 1⁰⁰ 1²⁵ 1⁵⁰ 1⁸⁰ bis 3⁴⁰ Mk.
prima federdicke Qualitäten. — Nähen der Zulett gratis.

Bett I Gute Federn und Zulett 22.50 Mk.	Bett II Bessere Federn u. Zulett 27.50 Mk.	Bett III Prima Federn u. Zulett 35.00 Mk.
---	--	---

Eiserne Bettstellen von 4.50 Mk. an.
Holz-Bettstellen von 11.00 Mk. an.
Matratzen m. Seil von 4.50 Mk. an.

Ein grosser Posten Gardinen

Meter 20, 25, 30, 40, 48, 60, 70, 85 Pfg., 1.00 bis 1.35 Mk.
Trotz der billigen Preise rote Lubeca-Marken.

Bahr & Umlandt

Sub: Adolf Bahr.

31 Breitestrasse 31.

Zentral-Verband der Fleischer
und Bernsdaroffen Deutschlands.
(Zahlstelle Lübeck.)

Abmarsch zum Maifeierjammelpfad vom
Berkhof J. Eggers, Stabenstr.,
mittags 1 1/2 Uhr.
Der Vorstand.

Universum

Heute Dienstag:
Letztes Auftreten der Geschwister
Holtz.
Mittwoch, den 1. gänzlich neues Programm.
B. Puls.

Konsumverein

für Lübeck und Umgegend.
C. G. m. b. H.

Auf Wunsch unserer Angestellten
bleiben unsere Verkaufsstellen am
Mittwoch, den 1. Mai, geschlossen.
Der Vorstand.

Panorama
Zeitstraße 53, 1. St.
Neue Aufnahmen
Sächs. Schweiz
mit interessanten Kletterpartien.

Allgem. Lokal- und Straßenbahn-Gesellschaft

Betriebsverwaltung Lübeck.

Nachstehenden Fahrplan der Israelsdorfer Linie, welcher mit dem 1. Mai d. J. in Kraft tritt, bringen wir hierdurch zur öffentlichen Kenntnis.

1. Vom 1. Mai bis 30. September.

Richtung: Geibelplatz—Israelsdorf. Abfahrt: Königstraße nach Israelsdorf (weißes Licht): Vormittags: 6.57, 7.17, 7.37, 7.57, 8.17, 8.37, 8.57 usw. alle 20 Min. bis nachm. 2.17 Uhr. Nachmittags: 2.17, 2.27, 2.37, 2.47, 2.57, 3.07, 3.17 usw. alle 10 Min. bis abends 9.27 Uhr. An Sonntagen: 9.37, 9.47, 9.57, 10.07, 10.17, 10.27 abends.	Richtung: Israelsdorf—Geibelplatz. Abfahrt: Vorsthalde nach Königstraße (weißes Licht): Vormittags: 7.12, 7.32, 7.52, 8.12, 8.32, 8.52, 9.12 usw. alle 20 Min. bis nachm. 2.32 Uhr. Nachmittags: 2.32, 2.42, 2.52, 3.02, 3.12, 3.22, 3.32 usw. alle 10 Min. bis abends 10.02 Uhr. An Sonntagen: 10.12, 10.22, 10.32, 10.42, 10.52, 11.02 abends.
--	---

An Sonntagnachmittagen und an Wochentagen, wenn anfänglich stattfindender
Konzerte, Schulfestlichkeiten usw. ein größerer Verkehr auf der Israelsdorfer Linie zu erwarten
steht, wird die Wagenfolge durch Einlegung von Extrakwagen auf dieser Linie auf einen
5 Minuten-Verkehr nach Bedarf verstärkt und evtl. an Konzertabenden bis 11.22 Uhr
verlängert.

2. Vom 1. Oktober bis 31. März.

7.07, 7.27, 7.47, 8.07, 8.27, 8.47, 9.07 usw. alle 20 Min. bis abends 8.27 Uhr.	7.22, 7.42, 8.02, 8.22, 8.42, 9.02, 9.22 usw. alle 20 Min. bis abends 8.52 Uhr.
--	--

3. Vom 1. April bis 30. April.

Vormittags: 6.57, 7.17, 7.37, 7.57, 8.17, 8.37, 8.57 usw. alle 20 Min. bis nachm. 2.17 Uhr. Nachmittags: 2.17, 2.27, 2.37, 2.47, 2.57, 3.07, 3.17 usw. alle 10 Min. bis abends 8.27 Uhr.	Vormittags: 7.12, 7.32, 7.52, 8.12, 8.32, 8.52 usw. alle 20 Min. bis nachmittags 2.32 Uhr. Nachmittags: 2.32, 2.42, 2.52, 3.02, 3.12, 3.22 usw. alle 10 Min. bis abends 8.52 Uhr.
---	--

An den Nachmittagen der Sonn- und Festtage verkehren die Wagen auf dieser Linie
von nachmittags 3 Uhr bis abends 10 Uhr alle 10 Minuten.

Der Fahrplan der Haupt- und Hofkintortlinien bleibt mit Ausnahme der verkehrs-
weise eingelegten Spätwagen, welche noch besonders bekannt gegeben werden, unverändert.
Lübeck, den 25. April 1907.

Die Betriebsverwaltung.

Vorteilhaftes Angebot!

Herren-Jackett-Anzüge, beste Verarbeitung,
11⁰⁰, 16⁰⁰, 19⁰⁰ bis 42⁰⁰ Mk.

Buckskin-Hosen 2⁰⁰, 2⁴⁰, 2⁷⁵, 3⁸⁰ bis 10⁰⁰ Mk.

Arbeits-Garderoben jeder Art.

Krawatten, Wäsche, Unterzeuge, Strümpfe,
Hosenträger, Schirme etc.

Stroh Hüte für Herren und Knaben in jeder Form und Preislage.
Rote Rabattmarken

F. Jürgensen,

Ecke Schwartauer u. Fackenburger Allee.
Eingang Schwartauer Allee.
Am Sonntag, den 5. Mai, bis 6 Uhr nachmittags geöffnet.

Auf dem Maifeier-Festplatze!

Zum ersten Mal in Lübeck: **Schwarz' grosse Kunst- und Kriegs-Ausstellung.**
U. a.: Brand und Untergang des S. S. „Warjogin“. Ausbruch des Vesuv. Waldbrand
in Ostafrika. Der Hauptmann von Köpenick (Schüler Voigt).
Neu! Dieses muss ein jeder gesehen haben! Neu!
Der Leichenzug des Reichstagsabgeordneten Ignaz Auer.
Reichstagsabgeordneter Behel am Grabe seines treuen Freundes.
Keine Nachzahlungen. Erwachsene 20 Pfg., Kinder 10 Pfg. Keine Extrabiletts.
Um recht zahlreichen Besuch bittet Der Besitzer.

Positive Leistungen der Sozialdemokratie.

Ein Beitrag zur Geschichte der Gesetzgebung.

V.

Bei der Hinterbliebenenrente wollte man die Vorlage infolgedessen abändern, als den Ganzwaisen eine Rente von 20 Prozent gegeben werden sollte. Die Regierung hatte beantragt, dem § 6 a folgende Fassung zu geben:

Hinterläßt der Verstorbene eine Witwe oder Kinder, so beträgt die Rente:

a. für die Witwe bis zu deren Tode oder Wieder-
verheiratung 20 Prozent.

b. für jedes hinterbliebene waisenlose Kind bis zu dessen zurückgelegtem fünfzehnten Lebensjahr 15 Prozent und, wenn das Kind auch mütterlos ist oder wird, oder wenn die Mutter erwerbsunfähig ist oder wird, 20 Prozent des Arbeitsverdienstes.

Gegen diesen Zusatz wendete sich der Zentralverband deutscher Industrieller mit besonderer Schärfe. Er faßte am 4. Februar 1897 folgende Resolution:

„Der Zentralverband bekämpft weiterhin diejenigen Bestimmungen des Entwurfes, welche eine neue und un-
berechtigte Belastung der Industrie in sich schließen; er rechnet dahin insbesondere die Erhöhung der Kinderrenten auf 20 Prozent, die eventuellen Renten des Waisens und der Hinterbliebenen mütterlicher Kinder und die Renten-
berechtigung elternloser Enkel.“

Wie hoch war nun die unberechtigte Belastung der Industrie? 1896 hatten die 64 gewerblichen Berufs-
genossenschaften 39 303 Kinder zu unterstützen die zusammen eine Rente von 4 1/2 Millionen Mark bezogen. Nimmt man an, daß ein Drittel dieser Kinder auch mütterlos war, dann wäre der ganzen Industrie eine Mehrausgabe im Betrag von 512 933 Mk. aus dieser Änderung erwachsen. Die Kommission ging weiter als die Vorlage und erhöhte die ganzen Kinderrenten auf 20 Prozent.

Unsere Genossen beantragten, die Kinderrente bis zum vollendeten sechzehnten Lebensjahr zu zahlen, da es Gegenden in Deutschland gibt, wie z. B. Schleswig-Holstein, wo die Schulpflicht erst nach dem vollendeten fünfzehnten Lebensjahr abklingt. Ferner beantragten wir, statt „waisenlos“ zu setzen: „Kinder, zu deren Alimentation der Verstorbene gesetzlich verpflichtet ist“, um den unehelichen Kindern auch Subsistenzmittel nach dem Tode ihres Ernähmers zu sichern.

Für die Ausdehnung der Rentenberechtigung auf die unehelichen Kinder wurde geltend gemacht, man dürfe nicht das schuldlose Kind für seine uneheliche Geburt strafen. Durch den Ausschluß von der Rente würde es schlechter gestellt als nach dem Haftpflichtgesetz, welches dem durch einen Unfall seines gesetzlich verpflichteten Ernähmers verübten unehelichen Kinde einen Erbschaftsanspruch gegenüber allen denen gäbe, die den Unfall schuldhaft herbeigeführt hätten. In einem gleichen Widerspruch stehe die Vorlage mit dem Bürgerlichen Gesetzbuch, insbesondere mit § 841 desselben. Abgesehen berücksichtigt das österröische Unfallgesetz die unehelichen Kinder.

Das Zentrum fand es jedoch unbillig, den armen Waisen eine Rente zuzubilligen und lehnte den Antrag ab. Ebenso fielen unsere Vorschläge, die Härten des Gesetzes gegen die Hinterbliebenen aufsteigender Linie eines Verunglückten beseitigen sollten.

Eine so recht den Interessen der Unternehmer Rechnung tragende Bestimmung ließ der Gesetzentwurf auch bezüglich der Hinterbliebenen von Ausländern weiter bestehen. Falls diese nicht im Inlande wohnen, erhalten sie keinen Anspruch auf Rente. Unsere Genossen beantragten

„verfährweise“, diese Bestimmung zu streichen, die für die Unternehmer gerade eine Anregung gebe, sich möglichst mit ausländischen Arbeitern zu versehen. Das Unternehmerinteresse siegte — unser Antrag wurde abgelehnt.

Und die millionenreichen Reeder stießen sich ebenfalls auf Kosten der armen Verunglückten „Ersparnisse“ von Rechts wegen zuweisen. So war — und ist — der Seemann ohne Entschädigung den Gefahren des Klimas preisgegeben. Unsere Genossen beantragten daher, dem Absatz 1 den § 1 des Seeunfallversicherungsgesetzes hinzuzufügen:

„Klimatische Krankheiten und diejenigen Todesfälle auf See oder im Ausland, welche nicht nachweislich auf außerhalb des Betriebes liegende Ursachen zurückzuführen sind, sind als Unfälle im Sinne dieses Gesetzes zu erachten.“

Zur Begründung wurde darauf hingewiesen, daß der Seemann verpflichtet ist, an Bord des Schiffes auszuharren, auch wenn dasselbe nach verfeuchten Ländern fährt, wo gelbes Fieber oder andere gefährliche klimatische Krankheiten herrschen. Er liege er nun einer solchen Krankheit, dann sterbe er als Opfer seines Berufes, ohne daß seine Angehörigen einen Anspruch auf Rente haben. In acht Jahren seien auf See 1680 Seeleute durch Unfall und 1111 an Krankheiten gestorben. Die Hinterbliebenenrente würde also höchstens um 65 Prozent steigen — eine Belastung, die die Seeberufsgenossenschaft leicht tragen könne, denn sie würde durch diese Steigerung noch lange nicht auf die prozentuale Rentenhöhe kommen, die andere Berufsberufsgenossenschaften schon längst haben. 1892 machte die Seeberufsgenossenschaft eine Eingabe an das Reichsamt des Innern, in welcher sie verlangte, man solle an sie die Beiträge zur Invaliditätsversicherung überweisen. Die Berufsberufsgenossenschaft wolle dann Alters- und Invalidenrente und auch Witwen- und Waisenrente geben. In dieser Eingabe hieß es: „Der Seemann muß mit dem Schiff, dessen Bestimmung oft unsicher ist, in jede, auch die ungesundeste Gegend hinausgehen. Für 40 000 unserer Landsleute, welche unter derartigen Ausnahmeverhältnissen arbeiten, ist es nicht unbillig, eine Ausnahme zu machen in dem Maß der gesetzlichen Fürsorge.“

In seiner Antwort auf die Eingabe führte der Staatssekretär des Reichsamts des Innern aus: „Unter den bei der Seefahrt bestehenden Verhältnissen nähern sich diese Krankheiten in der Tat einem Betriebsunfall. . . . Hier-
nach kann den Waisenden des Vorstandes insoweit ent-
sprochen werden, als bei Gelegenheit der jetzt beabsichtigten Revision der Unfallversicherungsgesetze durch eine Ergänzung des § 1 a. a. O. der Tod infolge solcher Epidemien dem Tod infolge Betriebsunfall gleichgestellt wird.“

Unsere Genossen beantragten also nur etwas, was fünf Jahre früher die Regierung in Aussicht gestellt, aber nun auf Wunsch der Reeder vergessen hatte!

Trotzdem wurde unser Antrag abgelehnt! Angenommen wurde aber unser Antrag, daß sich die Versicherung auch erstreckt auf diejenigen Dienste, die für Rettung oder Bergung von Personen und Sachen geleistet werden.

Als Jahresarbeitsverdienst der Seeleute wurde der neunfache Betrag der vom Reichskanzler festgesetzten Monatsgehälter gerechnet. Unsere Genossen beantragten, statt „neunfachen“ zu setzen „zwölffachen“ und dem § 6 folgenden Zusatz zu geben:

„Ist der so ermittelte Jahresarbeitsverdienst geringer als das Dreihundertfache des ortsüblichen Tagelohns gewöhnlicher Tagelöhner des Ortes, in dem das Schiff seinen Heimathafen hat, so ist der dreihundertfache Betrag des ortsüblichen Tagelohns als Jahresarbeitsverdienst der Berechnung der Rente zugrunde zu legen.“

gen. Und während er den Hals des Tieres unaufhörlich klopfte, stand wieder lebhaft jene weiße Nacht mit all ihrem Grauen vor seinem inneren Menschen. Lautlos verharrete er eine Weile in derselben Stellung, star und unbeweglich. Nur die rechte Hand trieb nach wie vor ihr Spiel. Und unter dem Eindruck dieser Liebeslust blieb das kluge Tier ebenso ruhig und drückte nur sanft seinen Kopf in die Hand des Herrn.

Jäh wandte sich dann Dulters ab, mit einem verlorenen Seufzer auf den Lippen, der seine ganze Schwermut verriet. Er kniff die Augen zusammen, um mit Gewalt die drohende Vision zu bannen.

Die Hunde bellten wieder freudig, fuhren dann aber auf Morchel los, der nun in Bewegung geraten war. Fast machte es den Eindruck, als wollten sie ihn für die Krätze dieser Begrüßung verantwortlich machen.

„Werdet ihr wohl still sein!“ brummte der Anweiser, zog sich aber unwillkürlich einen Schritt zurück.

„Es ist doch merkwürdig, Morchel, daß die Tiere von Ihnen nichts wissen wollen“, sagte Dulters, der rasch seinen Gleichmut wiederbekommen hatte. „Nehmen Sie sich nur in acht, daß sie immer hübsch hinter der Front bleiben. Sie schwingen zuviel die Rute.“ Mit den Tieren ist's gerade so wie mit den Menschen. Je liebevoller man sie behandelt, je mehr werden sie uns vertrauen.“

Im Augenblick dachte er darüber nach. Merkwürdig, daß dieser brave Kerl gerade diesen Fehler hatte. Denn er rechnete es ihm als solchen an, weil er mit diesen treuen Wächtern in ewiger Fehde lebte.

„Wissen Sie noch, wie damals der Spighube halb zer-
rissen wurde, der nachts von hinten über den Zaun gestiegen war, um dem Kontor einen Besuch abzustatten? Der hatte genug bekommen sein Belag.“

Morchel nickte, meinte dann aber, daß er stark hoffe, niemals in eine „ähnliche Verlegenheit“ zu kommen. Die Hunde würden ja erst nachts losgemacht, und wenn er morgens komme, dann befänden sie sich bereits an der Kette. Im übrigen sei er vorsichtig geworden; er habe stets seinen Laska-Revolver bei sich. Denn wenn er sähe, daß ihm durch Zufall mal so eine Bestie an den Kragen ginge, dann würde er sich schon seiner Haut wehren. Und das würde ihm wohl auch sein Herr Chef nicht übelnehmen.“

Zu dem ersten Antrag wurde ein sogenannter Vermittlungsantrag gestellt, statt „zwölffache“, wie wir es wollten, den zehnfachen Betrag der Monatsgehälter zu legen. Dies wurde auch angenommen, aber unser Zusatz, der die gar zu niedrigen Renten verhindern sollte, abgelehnt.

Es waren also nur wenige und geringfügige Verbesserungen, die die Novelle bot — aber auch sie gingen Stumm und anderen Großkapitalisten zu weit. Und ihr Einfluß genigte, um die Reform zu verhindern — der Reichstag wurde nicht vertagt, sondern geschlossen, bevor die Novelle zur zweiten Lesung kam — und damit war das ganze Reformwerk begraben.

Noch im Laufe des Sommers trat an Stelle Böttchers Graf Posadowsky. Als im Herbst 1897 der Reichstag wieder zusammentrat, legte ihm der neue Staatssekretär die Novelle nicht wieder vor, sondern erklärte am 11. Dezember:

„Es mag darüber zu streiten sein, ob man die Unfallversicherung auf die Berufsberufsgenossenschaften basieren sollte, oder ihr eine andere Grundlage geben. Aber gegenwärtig beruht sie auf der Verfassung der Berufsberufsgenossenschaften, und es ist höchst wichtig, daß wenn dieses Gesetz ordnungsmäßig fungieren soll, wir es so einrichten, daß auch die Leiter der Berufsberufsgenossenschaften freudig an seiner Ausarbeitung mitarbeiten. Gegen die Beschlüsse des hohen Hauses sind aber so ernste und weitgehende Einwendungen erhoben worden, daß wir uns unzufrieden in einen akuten Gegensatz mit den Vorständen der Berufsberufsgenossenschaften gesetzt hätten, wenn wir das Gesetz sowie es hier beschlossen ist, Ihnen von neuem vorgelegt hätten.“

Aus der Staatsmannsprache in ehrliches Deutsch überseht heißt dies ungefähr so viel wie:

Die Herren von Stumm, Häppler, Popellus und andere Scharfmacher haben befohlen, daß die Reform nicht gemacht wird!

Graf Posadowsky war noch neu in seinem Amt und hatte vor den Herren des Zentralverbandes deutscher Industrieller noch großen Respekt; ihr Wille war ihm Befehl!

Aber die Verhältnisse waren stärker als selbst die Scharfmacher. Bald mußte Posadowsky eine Novelle zur Invaliditätsversicherung bringen, weil die ländlichen Versicherungsvereine in Geldklemme kamen. Da wollte Posadowsky, um das Invaliditätsversicherungsgesetz durchzuführen zu können, Rentenstellen einrichten, um so nebenbei durch sie den von den Sozialdemokraten gegründeten Arbeitersekretariats Konkurrenz machen zu können. Am 28. Febr. 1899 mußte er aber erleben, daß ihm vom Zentralverband gesagt wurde, er wolle damit Institutionen schaffen, durch welche der sozialdemokratischen Agitation eine erweiterte Wirkjamkeit und vermehrter Einfluß gegeben wird. Hätten die Scharfmacher im Bülow-Deutsch sich ausgesprochen, so würden sie Posadowskys Vorschlag als ebenso perfid wie phantastisch bezeichnet haben!

Soziales und Parteilieben.

Die objektivste Behörde der Welt und das Wahlgeheimnis auf dem Lande. Im Wahlkreise Hameln-Springe haben unsere Genossen wiederholt versucht, gegen die ländlichen Wahlmänner den Strafrichter anzurufen, aber regelmäßig scheitert ihre staatsverhaltende Pflicht, die Reichsverfassung gegen „reichstreu“ Mogelet zu schützen, an dem Widerstand der „objektivsten Behörde“. Man erinnert sich noch der Praktiken des Wahlvorstehers Stille in Hahnen, die dank des Ersten Staatsanwalts in Hannover und der Oberstaatsanwaltschaft in Gelle ungeahndet geblieben sind. Der genannte Wahlvorsteher hatte sich bei der Erstwahl im 9. hannoverschen Wahlkreise 1905 erlaubt, ein ihm überreichtes Wahlwert zu öffnen, den darin ent-

Dulters lachte kurz auf. Es war ein seltsames Lachen, grauam und höhnisch. „Das Spiel mit dem Revolver sollten Sie sein lassen, es kommt dabei manchmal ganz anders, als man glaubt. . . . Lassen Sie mir nur César in Ruhe, denn dem Burschen hoff ich noch mal das Gnadenbrot zu geben.“

Als beide dann der Dampfsgemühle einen Besuch abgestattet hatten, in der drei Sägen in Bewegung waren, um bereits tüchtig Breitenvorrat zu schneiden, und nun den Weg um einen Schuppen nahmen, in dem Hageholz lagerte, erblickte Dulters seinen Mann aus der vergangenen Nacht, der sich die Zeit damit vertreibt, auf- und abzulaufen und sich die Hände warm zu schlagen.

Richtig, den Kerl hatte er ganz vergessen gehabt. Auch Morchel hatte sich seiner nicht mehr erinnert, der nun aber doch darauf zu sprechen kam und fragte, ob denn Dulters diesen Menschen wirklich hierher bestellt habe.

„Ja habe bis jetzt nicht zu ihm gekriegt, Herr Kommerzienrat“, begann der Verlorene sofort, indem er seinen Deckel abzog und in der Hand behielt. „Ja hab' den Herrn Kommerzienrat als Empfehlung angesetzt, aber der Herr da empfahl mir gleich wieder die frische Luft. Und da bin bei der Sägeschneide wollten sie auch nicht von mir wissen. In nu hab' ich mir abeweile die Knochen 'n bißken warm gemacht. Mit Erlaubnis. Et zieht immer noch mächtig vom'n Nordpol, wenn auch nicht mehr so wie die letzte Nacht. Der Herr Kommerzienrat sind hoffentlich jut nach Hause gekommen. Ja habe auch ganz jut geschlafen. Det Rad, wat mir der Herr Kommerz jechent haben — det hab' ich wieklich kleine gekriegt.“

„Kerl, was fällt Ihnen ein, solchen Ton zu führen?“ schauzte ihn Morchel an. Dulters aber fuhr mit einer Handbewegung dazwischen und gab dem Anweiser mit wenigen Worten die Aufklärung.

„Sie wollen also wirklich arbeiten und wieder ein anständiger Mensch werden?“ fragte er, wobei er an die merkwürdige Szene im Tiergarten dachte. Jetzt, am Tage im hellen Lichte der Sonne, die sich wieder freigeht durch die Schneewolken am Himmel Bahn gebrochen hatte, erließen diese Jammergefälle noch trauriger und verkommenener. Und doch lag in dem verwitterten Gesicht, trotz der Faltten, die die Nachseiten des Lebens hineingezeichnet hatten, ein gewisses

Der Holzhändler.

Roman von Max Kreher.

11. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

Morchel erwiderte, daß er auch schon Anstalten dazu getroffen habe, es fehlten ihm aber noch ein paar tüchtige Hände, die er jedoch sicher zum Nachmittag aufzutreiben würde. Die Schneeschipper seien jetzt förmlich rar, denn Tausende arbeiteten im Dienste der Stadt; diesmal brachten sie ihr „Den“ ordentlich herein.

„Den beim Schneeschippen ist gut“, sagte Dulters lachend. Plötzlich ergrieff er wieder ein anderes Thema. Sie waren an einen Schuppen gelangt, hinter dem die große Hundebude stand. Zwei mächtige Bestien zerrten an ihren Ketten und begrüßten beide Männer mit lautem Gebell, das sehr verschöner Natur war. Während sprangen sie auf Morchel zu, der sofort drohend sein Stäbchen schwang.

„Ruhig César, ruhig Pan“, sagte Dulters und klopfte lockend auf seinen Pelz. Das Bellen ging in ein freundiges Winseln über. Die Tiere duckten sich, als hätten sie Schmach nach der Hand ihres Herrn.

Dulters trat näher und kraulte zuerst Pan an dem Kopf, was sich der Wolfshund ruhig gefallen ließ. Er hatte ihn als junges Tier aus Rußland mitgebracht und ihn drei Jahre lang wachsen und gedeihen lassen.

„Jamoch, du bist mein Pan, mein Brackterl“, sagte er, während er ihm das zottige Fell klopfte. Und Pan ließ sich alles ruhig gefallen, gluckte förmlich vor Freude und streckte alle Biere von sich. Dann ließ Dulters den Rüter fahren und nahm César vor, der sich bereits wohligen an seinem Pelze rieb.

„Ja, ja, ich verstehe dich, du bist doch noch besser“, sagte er wieder, diesmal aber mit einem ganz anderen Tonfall in seiner Stimme. César stammte von der Gündin, die damals in jener Blutracht auf seiner Bestimmung die gewisse passive Rolle gespielt hatte. „Ja, ja — ich habe deine Mutter noch gekannt, sie war mir neu bis zu ihrem Tode. Und wenn es einmal nicht der Fall war, so konnte sie gewiß nicht bastir.“

Seine Worte klangen weich, wie verloren in Erinnerung.

besten sozialdemokratischen Stimmgeld herauszunehmen und dem verdrungenen Wähler einen Wählerzettel in die Hand zu drücken. Der Wähler steckte hinter dem Verschlag von neuem einen sozialdemokratischen Zettel in sein Kuvert. Nicht lange danach gab ein anderes Mitglied dieses famosen Wahlvorstandes dem Wähler unter allerhand beleidigenden Ausfällen zu verstehen, daß seine sozialdemokratische Abstimmung erpöchtelt worden war. Alles das focht den Staatsanwalt nicht an. Sogar der „Hamm. Kurier“ fühlte sich durch den ablehnenden Bescheid des Staatsanwalts beunruhigt und schrieb zurecht, bliebe eine Handlungsweise, wie die des Wahlvorstandes von Dathwern ungeahndet, so sei damit für abhängige Wähler das Wahlrecht überhaupt illusorisch gemacht. Derselbe Staatsanwalt, der in dem Falle Stille eine freche Mißachtung des Gesetzes und der Verfassung geschickt hatte, hat jetzt abermals die strafrechtliche Verfolgung agrarisch-amtlicher Wahlterroristen abgelehnt. In Dunau, einem Orte des Kreises Linden, der mit Dathwern einen Wahlbezirk bildet, gab es, wie das auch in Hannover weitverbreiteter Lieber Brauch ist, eine Wahlurne, die so sinnlos konstruiert war, daß die Kuverts genau in der Reihenfolge, in der sie hineingesteckt wurden, aufeinanderstießen. Der Gutsvorsteher Meinetz, der hier als stellvertretender Wahlvorsteher fungierte, notierte sich der Reihenfolge nach die Namen der Wähler und konnte so, als am Abend die Urne geöffnet und die Stimmgeldchen verlesen wurden, in aller Gemütslichkeit auf seiner Liste jedem einzelnen Wähler seine Abstimmung anstreichen. Der Vorsitzende des sozialdemokratischen Zentralwahlkomitees zeigte die Sache selbstverständlich dem Staatsanwaltschaft an. Der Erfolg war folgendes Schreiben des Ersten Staatsanwalts in Hannover:

„Gegen den Gutsvorsteher Meinetz in Dunau strafrechtlich einzuschreiten, muß ich ablehnen. In dem von Ihnen bezeichneten Verfahren des Beschuldigten ist eine strafbare Handlung nicht zu erblicken.“

Im Auftrage: (Unterschrift unleserlich.)
Damit ist abermals entschieden, daß die amtliche Verlesung des Wahlgeheimnisses in Preußen erlaubt ist. Es ist keine „strafbare Handlung“ wenn Wahlvorsteher in Preußen mit agrarischer Ungeuerlichkeit dem Gesetz und der Verfassung auf dem Haupte herumtrampeln. — In einem andern Orte des Kreises Linden, in Eckerde, hatte sich ein feudaler Baron, der Gemeinde- und zugleich Wahlvorsteher v. Heimburg, eine Anzahl sozialdemokratischer Stimmgeldchen, die neben bürgerlichen Zetteln zum öffentlichen Gebrauche auf einem Tische lagen, angeeignet, zerrissen und die Papierfragmente mit den Worten in den Ofen geworfen: „So wird's gemacht!“ Auch dieser Ofen wurde von dem Ersten Staatsanwalt in Hannover vor dem Strafrichter geschickt, um dem Exempel, wie auf dem Lande nationale Wahlen gemacht werden, auch die juristische Weise zu geben. Unserem Strafamt erstatteten Genossen, dem Vorsitzenden unseres Wahlkomitees, der als solcher die Stimmgeldchen bei dem Druck in Auftrag gegeben und sie, freilich mit Parteigeldern, bezahlt hatte, wurde eröffnet, es sei nicht ersichtlich, daß er der Eigentümer der von v. Heimburg zerrissenen Stimmgeldchen oder sonst zur Stellung des Strafantrages berechtigt war.“ Wie hätte der Bescheid wohl gelautet, wenn in Eckerde konservative Stimmgeldchen vernichtet worden wären? Und wäre der Dathwerner Wahlweg wohl erforscht worden ohne den Wahlterrorismus und den Wahlschwindel der Beamten und sonstigen patriotischen Macher, denen so die Klassenjustiz Tür und Tor öffnet?

Die Errichtung eines Arbeitersekretariats beschloß am Mittwoch das Gewerkschaftskartell in Erfurt. Dafür stimmten die Vertreter von 28 Gewerkschaften, dagegen 2 nicht vertreten waren 2 Gewerkschaften. Unter den dagegen stimmenden Gewerkschaften befand sich als stärkste der hiesigen Organisationen die Holzarbeiter, doch kann auch deren spätere Zustimmung noch erwartet werden. Als Zeitpunkt der Errichtung des Sekretariats ist der 1. Oktober d. J. bestimmt worden. Die Vorarbeiten wurden einer besonderen Kommission übertragen. Mit diesem Beschluß haben die Erfurter Gewerkschaften einen bedeutamen, schon lange als notwendig erkannten Schritt getan, der seinen günstigen Einfluß auf die Fortentwicklung der Erfurter organisierten Arbeitergesellschaft nicht verfehlen wird. Dem Gewerkschaftskartell sind dort gegenwärtig über 5000 organisierte Arbeiter angeschlossen.

Eine seine Nummer ist der Verband deutscher Bureaubeamten zu Leipzig, Kreisverein Braunschweig. Er richtete an die Arbeitgeber in Braunschweig die folgende Denunziation, in der es u. a. heißt:

„Gemüthlicher, vertrauensvoller Zug, der Dulders, dem großen Menschenkenner, nicht entging.“

„Allesmal will ich arbeiten, Herr Kommerz. Ich hätte am liebsten gleich Schnee geschippt, aber ich hatte keine Schippe mit. Ich hab' mir noch schon raskeren lassen. Propper mußte kommen, sagte ich mir.“

„Er hielt noch immer den schmutzigen Deckel in der Hand, den ich nun Dulders wieder aufsetzen ließ. Der lecke Humor dieses Buchfens, der mehr nach Unwissenheit als nach Unbescheidenheit klang, machte ihn Spaß. „Wie helfen Sie denn?“ fuhr er fort.“

„Ajajaj! Hannemann, Herr Kommerz; aber nicht einer von de Hannemann aus de Gerichtsstrafen, denn det is ne beje Sorte, die machen lange Fänger, um so wat is nich mein Fall. Nich in de Hand. Wenn ich noch mal —“

„Schon gut, schon gut.“ fiel ihm Dulders ins Wort, der kein Jögern bemerkte, daß von einem furchtamen Blick auf Mordel begleitet war. Die Angelegenheit war bald ins Reine gebracht. Hannemann sollte vorläufig mit Schneeschippen beschäftigt werden und dafür jeden Tag drei Mark erhalten, die er abends ansatzbar bekäme. Das war nach Dulders Ansicht das allein Richtige: derartige Leute als Tagelöhner zu beschäftigen. So konnten sie einen nicht nachhören, bekamen nur Geld, wenn sie arbeiteten, und es lag dann an ihnen, ob sie aushalten wollten, um fest angestellt zu werden.“

„Sehen Sie, Mordel, da haben Sie mein Prinzip.“ sagte Dulders dann, als er seinen Rundgang beendet hatte und nun Hannemann wieder erblickte, wie dieser, mit einer Schaufel bewaffnet, sich bemühte, den Schnee rechts und links beiseite zu schippen. „Sein Leben war bisher ein viel anderes, als das unserer beiden Hunde, denn diese hatten immer reichliche Nahrung und ihr warmes Strohlager. Ich hoffe, daß er mir dankbar sein wird, und daß wir ihn dauernd hier auf dem Hofe behalten können. Behandeln Sie Pan und Gafar ebenso, dann werden Sie dieselbe Freude haben, die ich in diesen Minuten darüber empfinde, diesem Unglücklichen den Glauben wiedergegeben zu haben.“

Wenn er nur nicht wieder rückfällig wird, Herr Dulders,“ wandte Mordel ungläubig ein. „Dann wird er doch wieder ins Rittchen kommen.“

„Er hat nur aus Temperament getölet. Und aus Temperament töret man nur einmal. Verstehen Sie, lieber Mordel, nur einmal.“

„Er sagte das mit so großer Bestimmtheit, als gäbe es gegen diese Weisheit überhaupt keinen Widerspruch. Mordel

Sehr geehrter Herr!

Wir gestatten uns, Ihnen folgendes zu unterbreiten: In Berlin besteht ein Zentralverein der Bureauangestellten, welcher auf sozialdemokratischer Grundlage steht und auch der Generalkommission angeschlossen ist. Von diesem Zentralverein hat sich hier ein Kreisverein, eine sog. Mitgliedschaft, gebildet.

Dieser Mitgliedschaft gehören als Vorstandsmitglieder an die bisher auch in unserem Verbands als Mitglieder aufgenommenen

Bureauvorsteher J., bei Herrn Rechtsanwalt Dr. Jasper, und Bureauvorsteher G., bei Herrn Rechtsanwalt Dr. Lopp.

Wir gestatten uns, einen Artikel des hiesigen Volksfreundes vom 21. Oktober v. J. vorzulegen, worin der neue Verein als eine kraftvolle Organisation in den sozialdemokratischen Reihen begrüßt wird und die Parteigenossen aufgefordert werden, ihre Söhne nicht in andere Vereine, welche für Klimbtvereine erklärt werden, eintreten zu lassen.

Daß übrigens diese Muffel bei den jungen Leuten gezogen hat, beweisen folgende Namen, welche Mitglieder des Zentralvereins geworden sind: (Folgen weitere neun Namen von Angestellten.)

Wir werden selbstverständlich für die Benannten nicht unsere Einrichtungen, insbesondere auch nicht unsere Stellenvermittlung, zur Verfügung halten, wovon wir ergebene Kenntnis zu nehmen bitten.

Zugleich bitten wir, da bekanntlich die jüngeren Leute für die Bestrebungen der Sozialdemokratie sehr empfänglich sind und sich schon junge Leute im Alter von 17-18 Jahren für die Sozialdemokratie begeistern, Ihre Angestellten zu warnen, dem Rufe des „Volksfreundes“ zu folgen.

Hochachtungsvoll Der Gesamtvorstand.
Diese Papierkrageproleten scheinen ja den Reichsverband noch übertrumpfen zu wollen. Hoffentlich bringt Ihnen dieser Streich nicht die erwarteten Erfolge.

Die beleidigte Schutztruppe. Vor einiger Zeit berichteten wir, daß die Dortmund'sche Staatsanwaltschaft gegen den Arbeitersekretär Genossen Arnswald aus Hochum Anklage erhoben hat wegen Beleidigung der Schutztruppe. Genosse Arnswald soll das Staatsverbrechen begangen haben als Redner in einer Reichstagswählerversammlung am 13. Januar in Hochum. Am Donnerstag sollte vor der Dortmund'schen Strafkammer die Hauptverhandlung stattfinden. Genosse Arnswald wendete gegen die Anklage ein, er habe sich lediglich referierend gehalten und sich auf die Rede Babels gestützt, die dieser am 1. Dezember 1906 im Reichstage gehalten habe. Die wahrheitsgetreue Wiedergabe von Reichstagsreden sei aber nicht strafbar. Es erfolgte schließlich Vertagung der Sache. Der stenographische Reichstagsbericht soll daraufhin gedruckt werden, ob Babel wirklich die Kolonialaffäre in seiner Rede zur Sprache gebracht hat. Ferner soll auch der Kolonialdirektor Dernburg über die Vorgänge gehört werden.

Sozialdemokraten vor Gericht. Der verantwortliche Redakteur des „Vorwärts“, Franz Weber, wurde von der vierten Strafkammer des Landgerichts 1 Berlin wegen angeblicher Beleidigung des Präsidenten der königlichen Eisenbahndirektion (Fisen zu 600 Mk. Geldstrafe verurteilt. Der Staatsanwalt hatte vier Wochen Gefängnis beantragt.

Militarismus und Antimilitarismus. Genosse Rechtsanwalt Dr. Karl Liebknecht hielt in einer Versammlung des sozialdemokratischen Vereins für den 12. hiesigen Reichstagswahlkreis Leipzig-Stadt einen Vortrag über „Militarismus und Antimilitarismus“. Vom überwachenden Polizeibeamten wurde ihm das Wort entzogen. Die Versammlung ging in bester Ruhe auseinander.

Die Kriminaljagd nach der „Sachverrats“-Brotschüre. Auch in Dortmund ist die Beschlagnahme der Schritts des Genossen K. Liebknecht, „Militarismus und Antimilitarismus“ verurteilt worden. Am Freitagnachmittag erschienen in der Buchhandlung der „Arbeiterzeitung“ drei Kriminalbeamte mit einem Kommissar, um die gefährliche Brotschüre mitzunehmen. Aber so viel sie auch häuslichten, sie fanden keine.

Einigung in der schlesischen Textilindustrie. Die Arbeiter der Lehschen Fabrik in Oberlangensfeldau haben ihre Kündigung zurückgezogen; die Unternehmer haben daher auf die geplante Aus-

sperrung der Textilarbeiter verzichtet. Maßregelungen sollen nicht stattfinden.

Massenzug-Verbote sind auch in Barren und Gletsfeld erfolgt.

Der Hafenarbeiterkampf in Königsberg. Die zwischen dem Arbeitgeberverband für Handel und Expedition und dem Verband der Hafenarbeiter seit einiger Zeit schwebenden Differenzen haben durch die bisher geführten Verhandlungen keine Erledigung erfahren. Der Arbeitgeberverband hat den Hafenarbeitern eine Reihe Verpflichtungen zur Annahme unterbreitet, die sich auf friedliches Zusammenarbeiten zwischen Verbands- und Nichtverbandsarbeiten, Abnahme und Beendigung der Arbeit sowie auf verschiedene andere Punkte des Arbeitsverhältnisses beziehen. In einer Sonntagsabend abgehaltenen Versammlung der Hafenarbeiter sind diese Punkte zum Teil angenommen, zum Teil abgelehnt worden. Die Arbeitgeber werden sich nunmehr in der nächsten Woche über ihre weitere Stellungnahme schlüssig machen.

Der Kampf in der Holzindustrie. In der Fortsetzung der Verhandlungen der beiden Zentralverbände des Deutschen Holzarbeiterverbandes und des Arbeitgeber-Schutzverbandes der deutschen Holzindustrie wurde, wie der „Vorwärts“ berichtet, am Sonntag über die Bedingungen zur Einigung in Leipzig und Dresden beraten. Beide Städte waren dabei durch je vier resp. fünf Vertreter der dortigen Arbeitgeber und Arbeiter vertreten. In gleicher Weise sollen der Reihe nach die beiderseitigen Vertreter auch aus allen anderen an der Aussperrung beteiligten Städten nach Berlin berufen werden. Aber die Differenzen in Berlin selbst, welche nicht Gegenstand dieser Verhandlungen der Verbände sind, werden die Vertreter der Berliner Arbeitgeber und Arbeiter voraussichtlich nochmals zur weiteren Beratung zusammenzutreten. Die auf Montag nachmittag festgesetzte Verkündung des Schlichtenspruches des Schlichtungsamtes ist aus diesem Anlaß verschoben worden.

Die Unternehmer wollen keinen Frieden. Die Arbeitgeber der Kaffeehandlung und die Kaffeehandlung in Paris haben mit 199 gegen 14 Stimmen den Schlichtenspruch eines Friedensrichters, den die Regierung angeregt hatte, verworfen.

Strafkonte der Presse. Weil er den Kaplan von Seuhnum beleidigt haben sollte, hatte sich Genosse Stephan Heise von der „Niederrheinischen Arbeiterzeitung“ vor der Strafkammer in Duisburg zu verantworten. Die Verhandlung endete mit der Verurteilung Heises zu einem Monat Gefängnis. Heise hatte die Erziehungspraktiken im St. Bernhardskloster, dessen Vorsteher der genannte Kaplan ist, einer scharfen Kritik unterzogen und dabei den Kaplan, der persönlich in der berühmten „Fürsorge-Erziehung“ tätig ist, arg mitgenommen.

2000 Kuche und Kuchenjungen sind in Paris in den Ausland getreten.

Ein sozialdemokratischer Abgeordneter zum Reichstag gefordert. Während der Debatte über den Regierungsantrag, drei sozialdemokratische Deputierte aus der Duma anzuschließen, weil sie „wegen Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei Russlands“ unter Anklage gestellt worden seien, unterwarf Genosse Natwkin, früherer Vize-Gouverneur des Kergan-Gebietes, die russischen Gerichte einer scharfen Kritik und schloß mit den scharfen, aber zureichenden Worten, daß die russische Justiz sich „meißelnd öffentlich verfertigen lasse“. Einer der Petersburger Prokuratoren gebietet daraufhin eine Versammlung seiner Kollegen ein, an der ca. 20 Personen teilnahmen und die den Beschluß faßte, Natwkin aufzufordern, seine Worte öffentlich zurückzunehmen, widrigenfalls er gefordert werden würde. Es wurde gelost, wer die Forderung übernehmen sollte. Das Los fiel auf den Prokuratorsgehilfen S. Da dieser aber als Familienvater sich der Gefahr nicht aussetzen mochte, so erklärte einer seiner Kollegen, Ruban, daß er an seine Stelle trete. Als Antwort auf die Forderung erklärte Genosse Natwkin, daß er erstens prinzipieller Gegner des Duells sei, zweitens als Volksexperte im Namen der sozialdemokratischen Fraktion gesprochen habe und daß er nur seinen Wählern und seiner Partei für seine Worte verantwortlich sei. Die Fraktion erklärte sich mit der Stellungnahme Natwkins vollständig einverstanden.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwarg. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

wagte auch keinen solchen, denn schließlich war ihm auch die Sache zu unbedeutend, um sich darüber den Kopf zu zerbrechen. Das eine jedoch erschien ihm etwas verwunderlich: daß sein Chef sich mitten in der Nacht auf der Straße mit einem derartigen Individuum überhaupt in ein Gespräch hatte einlassen können.

Befehden trat Hannemann noch einmal auf Dulders zu. „Ja werde mir die größte Mühe geben, Ihre Zufriedenheit zu erlangen, Herr Rat.“ raunte er ihm zu, „aber sagen Sie dem Herrn Anweser nicht, was ich verbrochen habe. Jeder braucht es ja nicht zu wissen. Er ist doch nur mal mein direkter Vorgesetzter. Unerschrocken werd' ich niemals werden.“

Ein wenig beschämt wick Dulders seinem Blick aus, denn er hatte Mordel bereits von allem unterrichtet, wozu er sich verpflichtet fühlte. Er hielt es für das Beste, seine Antwort zu geben. „Um Sie nur Ihre Schuldigkeit,“ sagte er kurz.

„Mörder und Dolchschläger.“ heißt dieses neue Kapitel aus meinem Leben,“ waren dann seine Gedanken, als er, von Mordel begleitet, wieder der Straße zuschritt. Einer tat dem andern gutes, ohne daß dieser andere wußte, was in der Seele des einen vorging. Er wollte sich einreden, daß nur sein Wohlwollensgefühl ihn veranlaßt habe, diesen Halbverlumpten direkt von der Straße in seinen Holzhof zu führen, aber es gelang ihm nicht. Es war wohl ganz etwas anderes: ein gewisses Gefühl innerer Zugehörigkeit zu diesem Menschen, das nicht nach Standesunterschied fragte, sondern sich von derselben schlimmen Leidenschaft angezogen fühlte.

Er hätte lachen mögen. Der schwere, vielfache Millionär Dulders seelisch gepaart mit einem Lumpen. Die Welt sah diesen Eindruck mußte verwirrt werden, äußerlich wenigstens, und zwar schleunigst. Er wollte doch heute noch zu Hause durch Friedrich einen abgelegten Winteranzug und das nötige Schuhwerk zusammenpacken lassen, damit man es dem Frierenden hinaus nach dem Stätteplatz befördere.

Unter ihm zeigte die Pfeife der Dampfsgemühle gellend Zwölf an. Ein halbes Duzend Fabriken ließen reich hintereinander ebenfalls ihre langgezogenen Pfeife ertönen. Auf der anderen Seite des Kanals ergoß sich ein schwarzer Strom Arbeiter das Ufer entlang. Das ganze rege Leben der beginnenden Mittagsstunde in der Vorstadt begann sich wie mit einem Zauberworte zu entsalten. Gütige Menschen, wohin man blickte.

„Nach dem Kontor!“ rief Dulders dem Kutscher zu. In

Gedanken verfunken betrachtete er gleichgültig Häuser und Menschen.

VII.
Der Wagen nahm denselben Weg durch die Ritterstraße. Dulders war kaum fünf Minuten gefahren, als er dem Kutscher zurief, zu halten. Er hatte sich mit einem Herrn begrüßt, der gerade aus einem Hause getreten war und sich durch einen Wind zu erkennen gegeben hatte.

„Sieh da, Herr Graf. Soeben noch dachte ich an Sie!“

„Und ich an Sie.“
„Seelenübereinstimmung,“ sagte Dulders lachend und itretete dem Grafen Luz aus dem Wagen, der fast an der Bordschwelle des Bürgersteiges hielt, seine Rechte entgegen.

„Wahrscheinlich. Eigentlich haben wir ja immer miteinander gut sympathisiert,“ gab Luz zurück und legte seine feinbelederte Hand etwas nachlässig in die des Holzhändlers.

„In Geschäften wenigstens immer,“ erwiderte Dulders, der sich freute, den Grafen, den er gestern nicht mehr vorgefunden hatte, heute gleich bei seiner ersten Ausfahrt zu treffen.

„Ich glaube, auch in so manchen anderen Dingen, mein lieber Herr Dulders,“ erwiderte Luz mit einem glatten Lächeln. „Sie wissen es nur nicht.“ Die gedehnten Worte waren von einem brennenden Blick begleitet, der nur Sekunden dauerte, dann aber wieder jene unergänzliche Gleichgültigkeit zeigte, die diesen Lebemann aus Neigung in keiner Lage des Daseins verließ.

Während Graf Luz dabei an das gemeinsame Interesse für eine ganz bestimmte Person dachte, die längst nicht mehr lebte, an die deutlich zu erinnern ihm aber aus bestimmten Gründen niemals eingefallen wäre, legte Dulders seinen Worten eine ganz besondere Bedeutung bei: „Aha,“ dachte er, „das geht auf seinen Sohn. Er wird aber schöne Augen machen, wenn er erit erfährt, daß Otti nicht will.“

Dann kam er rasch mit der Frage hervor, ob er dem Grafen seinen Wagen anbieten dürfe.

„Ich wollte eigentlich zu Habel,“ wandte Luz etwas zerstreut ein, während er nach einer vorübergehenden Dame anguckte. „Donnerwetter, die könnte mich reizen, da scheint Kaffe drin zu stecken.“ fügte er lebhaft hinzu und zwar so laut, daß die betreffende Schöne es noch gehört haben mußte, denn bevor sie um die Straßenecke ging, wandte sie noch einmal das Gesicht.
(Fortsetzung folgt.)